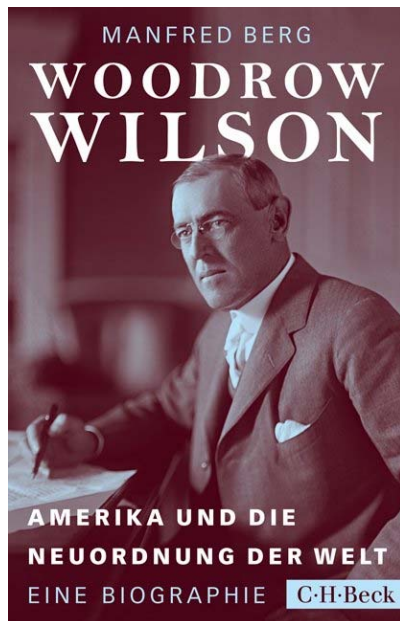


## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Manfred Berg: Woodrow Wilson – Amerika und die Neuordnung der Welt.

München: C.H.Beck, 2017, 277 S., ISBN: 978-3-406-70778-0



Viele Amerikaner haben ein Faible für Rankings und so werden alle paar Jahre, auf scheinbar streng wissenschaftlicher Basis und unter Einbeziehung innen- wie außenpolitischer Kategorien, die amerikanischen Präsidenten in eine Rangliste sortiert. An der Spitze stehen in der Regel relativ unangefochten Abraham Lincoln, Franklin D. Roosevelt und George Washington.<sup>1</sup> Unter den Schlusslichtern finden sich vor allem Präsidenten der Antebellum-Periode sowie der Lincoln-Nachfolger Andrew Johnson und der im Amt verstorbene Warren G. Harding, dessen Präsidentschaft besonders skandalumtost war.

Manfred Berg hat nun in der Reihe C.H. Beck Paperback, die für ihre kompakten und für ein breites Publikum gut lesbaren Darstellungen bekannt ist, eine äußerst gelungene Biographie des 1913 vereidigten 28. US-Präsidenten Woodrow Wilson vorgelegt, der in den Rankings zuverlässig unter den Top 10 der besten US-Präsidenten landet. In Deutschland hingegen ist Wilsons Ruf noch immer verhältnismäßig schlecht, was ausgerechnet mit seinem bedeutendsten politischen Ziel zusammenhängt: Der Etablierung einer neuen, die alte Mächtepolitik überwindenden Weltordnung als Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg.

Als innenpolitischer Reformator angetreten, war Wilsons Interesse an der Außenpolitik zunächst nicht sonderlich stark ausgeprägt, auch wenn er schon in seiner Zeit als Hochschullehrer – Wilson war vor seiner politischen Laufbahn Professor für Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Princeton – die neue Bedeutung für die internationale Politik erkannt hatte und 1900 in seinem Buch „Constitutional Government“ schrieb: „Unsere Nation ist in die erste Reihe aufgestiegen, was Macht und Ressourcen betrifft. Die anderen Nationen der Welt schauen misstrauisch auf uns, halb mit Neid, halb mit Furcht, und fragen sich beunruhigt, was wir mit unserer ungeheuren Kraft tun werden.“ (S. 84) Wilson war bereits vor dem Weltkrieg gewillt, das amerikanische Machtpotential zugunsten der Etablierung einer liberalen, demokratischen Weltordnung einzusetzen, doch seine Versuche, den mexikanischen Militärdiktator Victoriano Huerta zu stürzen, führten die USA an den Rand eines Krieges und zum Tod von 19 US-Soldaten. Nur die Vermittlung Brasiliens, Argentiniens und Chiles ermöglichte Wilson unter Wahrung seines Gesichts den Rückzug. Diese Episode ist jedoch schon deshalb von Bedeutung, weil Wilson aus ihr den Schluss zog, außenpolitische Abenteuer lieber zu vermeiden.

Diese Erkenntnis dürfte zur Neutralitätspolitik Wilsons während des Weltkrieges beigetragen haben, auch wenn die Sympathien des Präsidenten, der ein Bewunderer der englischen politischen Kultur war, auf britischer Seite lagen. Dass sich dies auch in der konkreten Ausgestaltung der Neutralität niederschlug, trug letztlich, so Berg überzeugend, zur Unvermeidbarkeit des Kriegseintritts bei, obwohl der Präsident die USA aufrichtig aus dem Krieg heraus-

<sup>1</sup> Eine Zusammenstellung einiger Rankings findet sich auf Wikipedia unter [https://en.wikipedia.org/wiki/Historical\\_rankings\\_of\\_presidents\\_of\\_the\\_United\\_States](https://en.wikipedia.org/wiki/Historical_rankings_of_presidents_of_the_United_States).

halten wollte. Vielmehr strebte er die Rolle des unparteiischen Vermittlers auf Basis eines Friedens ohne Sieg an – die vielleicht größte Chance auf ein vorzeitiges Kriegsende und eine dauerhafte Friedensordnung. Doch Wilson wurde nicht zuletzt durch eine tölpelhafte deutsche Kriegspolitik gegen seinen Willen in den Ersten Weltkrieg gezwungen.

Wilsons Kriegspolitik blieb jedoch der Tradition seiner Neutralitätspolitik verpflichtet. So identifizierte er sich keineswegs vollumfänglich mit den Zielen der wichtigsten deutschen Kriegsgegner England, Frankreich und Russland, ja verstand sich nicht einmal als deren Alliiertes. Stattdessen kämpfte er für eine vor allem dauerhafte Friedensregelung: Er spiele, so entgegnete er einmal einem Kritiker um einen Frieden für „die nächsten hundert Jahre!“ (S. 149) In seiner wohl berühmtesten Rede vor beiden Häusern des Kongresses stellte Wilson im Januar 1918 ein 14-Punkte-Programm für eine zukünftige Friedensregelung vor, zu der die Ablehnung von Geheimdiplomatie, die Freiheit der Meere – dies richtete sich nicht zuletzt auch gegen den englischen Suprematieanspruch zur See –, Freihandel, Rüstungsbeschränkungen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Einrichtung eines Völkerbundes gehörten. Territorial für das Deutsche Reich relevant waren sowohl die Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich als auch die Gründung eines polnischen Staates. Wie Berg betont, war das Programm kein Verhandlungsangebot an die Mittelmächte, sondern setzte deren militärische Niederlage voraus (S. 143).

Dieses Missverständnis begründet wohl zum Teil die langjährige negative Beurteilung Wilsons in der deutschen Öffentlichkeit. Als die Oberste Heeresleitung des Deutschen Reichs Anfang Oktober 1918 die Reichsregierung aufforderte, umgehend um einen Waffenstillstand zu bitten, hoffte die deutsche Reichsleitung auf einen vermittelnden Wilson und auf einen milden Frieden auf Basis der 14 Punkte. Der letztlich dem Reich aufgezwungene Frieden von Versailles, der keineswegs so drakonisch war, wie er bis heute oft empfunden wird, wurde noch bis in die 1950er Jahre von deutscher Seite vor allem Wilson zur Last gelegt. Berg zeichnet ein differenzierteres Bild. Als der Krieg entschieden war, setzte Wilson alles – und das meint in diesem Falle seine Präsidentschaft und seine Gesundheit – daran, seine Friedensvorstellungen durchzusetzen, die vor allem ein System der kollektiven Sicherheit im Rahmen eines Völkerbundes vorsahen. Dabei stieß Wilson auf allerlei Grenzen seiner Gestaltungsmöglichkeiten. Schon die nichtöffentlichen Verhandlungen in Versailles stellten einen Bruch seines Versprechens dar, die Ära der Geheimdiplomatie zu beenden. Vor allem aber waren die übrigen Siegermächte und unter ihnen vor allem Frankreich bemüht, ihren Bevölkerungen einen Frieden zu sichern, der den Opfern der vergangenen viereinhalb Jahre entsprach. Berg schildert Wilson in diesem Kontext als einen Mann, der sich in einer Position „moralischer und politischer Stärke“ wähnte, da Amerika die einzige Nation sei, „die mit dem Frieden keinerlei eigennützige Interessen verfolge“ (S. 157). Adam Tooze beschrieb in seinem hochgelobten Werk über die Neuordnung der Welt in den Jahren 1916-1931<sup>2</sup> Wilson als einen letztlich triumphierenden Nationalisten, auch wenn ihm die Zustimmung zum Friedensvertrag und zum Beitritt zum Völkerbund vom Kongress versagt blieb. Sein Ziel, die USA als Garanten einer neuen Weltordnung zu etablieren, sei von ihm und seinen Nachfolgern voll auf erreicht worden. Berg zeichnet hingegen einen subjektiv aufrichtigen Präsidenten, der freilich auch in der Lage war, Niederlagen in Erfolge und Meinungsänderungen in Prinzipientreue umzudeuten.

Die Analysen zur Außen-, Kriegs- und Friedenspolitik dominieren Bergs Buch, schon weil sich dieses an einen deutschen Leserkreis richtet, der an Fragen der amerikanischen Innenpolitik wohl geringeres Interesse haben dürfte. Dennoch sind die Ausführungen des Autors auf diesem Gebiet der Lektüre wert. Berg beschreibt Wilson als einen liberalen Reformen, der bereits als Gouverneur von New Jersey den Einfluss der Parteiorgane zurückführte und wichtige Maßnahmen zum Arbeiterschutz, zur Lebensmittelkontrolle sowie zur Kontrolle von Versorgungsunternehmen durchsetzte. Den Staat sah er dabei eher als Schiedsrichter, allzu

---

<sup>2</sup> Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931, München 2015.

dirigistische Eingriffe lehnte er ab. Als Präsident setzte der Anhänger des Freihandels eine deutliche Senkung der Zölle durch und betrieb die Einrichtung der Zentralbank, die auf einem gemischten System privatwirtschaftlicher Komponenten und staatlicher Organisation beruhte. Von langfristiger Bedeutung war auch sein Kampf gegen die Kartelle, der sowohl das Streikrecht der Gewerkschaften stärkte – Streiks galten bis dahin als „Verschwörungen gegen den freien Handel“ –, als auch Preisdumping und personelle Verflechtungen zwischen konkurrierenden Unternehmen verbot. Berg verschweigt jedoch auch nicht den ausgeprägten Rassismus des Südstaatlers Wilson, unter dessen Regierung die Rassentrennung auf Bundesbehörden ausgedehnt wurde.

Bergs Wilson-Biographie ist eine kompakte, prägnant und gut lesbar formulierte Studie, die sich mit einseitigen Urteilen zurückhält und sich bemüht, dem deutschen Leser ein faires Bild des US-Präsidenten zu zeichnen, der die amerikanische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt hat. Auch wenn sich die USA in den 1920er Jahren wieder stärker aus den internationalen Verpflichtungen zurückzogen, ohne die Verflechtungen wirklich lösen zu können, setzte sich mit dem nächsten demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt die auf Wilson zurückgehende Erkenntnis durch, dass eine Selbstisolation der USA verheerende Konsequenzen haben musste – für sie selbst wie auch für die Welt. Es bleibt zu wünschen, dass die Wahl des Nationalisten Donald J. Trump im November 2016 diese Entwicklung nicht dauerhaft in Frage stellt.

Bonn

Patrick Bormann

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

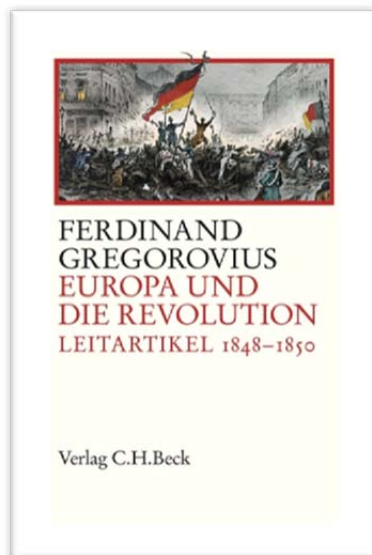
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Dominik Fugger/Karsten Lorek (Hrsg.): Ferdinand Gregorovius, Europa und die Revolution. Leitartikel 1848-1850.

München: C. H. Beck, 2017, 463 S., ISBN: 978-3-406-70592-2



Einem Historiker steht es gut an, wenn er sich nicht nur in vergangenen Zeiten auskennt, sondern es darüber hinaus versteht, auch das aktuelle Zeitgeschehen zu begleiten, zu beschreiben und gegebenenfalls auch zu bewerten. – Solcherlei Aussagen meiner akademischen Lehrer haben mich während meines eigenen Geschichtsstudiums wiederholt begleitet. Eines war mir damals schon klar: Sie hatten zweifelsohne die großen Geschichtswissenschaftler des 19. Jahrhunderts vor Augen. Deswegen war es für mich auch keine Überraschung, als ich den vorliegenden Band mit Leitartikeln aus einer Tageszeitung von Ferdinand Gregorovius (1821–1891) zur Rezension erhielt. Mit seiner „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“ hat er sich ein Denkmal gesetzt. Seine „Italienischen Wanderjahre“ habe ich als Student gerne gelesen. Und dass auch einige seiner kleineren Bücher aus seinen Zeitungsartikeln entstanden waren, ist nicht neu.

92 Leitartikel verfasste Ferdinand Gregorovius von Mai 1848 bis Juni 1850 für die Neue Königsberger Zeitung (NKZ). Auch nach ihrem schleichenden Ende blieb Gregorovius für andere Zeitungen journalistisch tätig. „Europa und die Revolution“ – so ist Gregorovius' letzter Beitrag am 29. Juni 1850 überschrieben; und das ist auch der Titel des Buches, das Gregorovius' Zeitungsbeiträge enthält. „Europa und die Revolution“ zieht sich als Leitmotiv durch die Beiträge von Ferdinand Gregorovius. Ganz im Stil der Zeit haben etliche Artikel einen gleichlautenden Titel, dem nur noch eine römische Ordnungszahl folgt. So weisen schon die Überschriften darauf hin, dass es Entwicklungen und Veränderungen gab, denen Gregorovius nachgegangen ist, oder, wie es einer der Herausgeber, Dominik Fugger, in seiner Einleitung schreibt: Gregorovius' „Artikel sind daher auch ein Protokoll fortwährender – kleinerer und größerer – Revisionen“ (S. 25). Gregorovius wusste also um die „Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit“ (S. 25). Insofern ist er ein getreuer Chronist des Weltgeschehens. Dominik Fugger konstatiert zurecht: Die Leitartikel zeigen Gregorovius als einen Sinnsucher in der Geschichte, der sich immer wieder überraschen lässt, immer wieder korrigiert und nicht verschweigt, wenn die Philosophie den Dienst versagt“ (S. 26). So sind die wiederholten historischen Einsprengsel und Rückblicke zentraler Bestandteil vieler seiner Beiträge.

Es kennzeichnet einen liberalen Historiker wie Gregorovius, dass er sich nicht nur mit nationalen Fragen, also der deutsch-französischen, der deutsch-preußischen oder der österreichisch-ungarischen Frage befasst, sondern immer wieder Deutschlands Entwicklung in die weltpolitische – und nicht nur in die europapolitische – Lage eingeordnet. Freilich bleiben Frankreich, Italien, aber vor allem Russland aus gutem Grund im Zentrum des Interesses von Gregorovius.

Die nur etwas über zwei Jahre bestehende Neue Königsberger Zeitung setzte von Anfang an auf ein scharfes politisches Profil. Die Leitartikel waren ihr Aushängeschild; sie waren schon im Umfang größer als bei der Konkurrenz. Insofern war die Neue Königsberger Zeitung ein „Meinungsmedium“ und nicht nur ein einfaches Nachrichtenblatt, das sich im linksliberalen

Spektrum wiederfand. Die Leitartikel waren nicht nur journalistisch von zentraler Bedeutung, sondern enthielten politische Brisanz; so wurde z. B. am 18. Juli 1849 eine ganze Ausgabe auf Grundlage der preußischen Pressegesetze beschlagnahmt.

Die Beiträge von Gregorovius erhalten in der wenige Seiten umfassenden konzisen Einführung und unter Berücksichtigung der medienwissenschaftlichen Forschungen eine notwendige Einordnung. Die namhaften Mitarbeiter der späteren Neuen Königsberger Zeitung bezeichneten sich selbst im „Gründungsaufwurf“ ihrer Zeitung als „Opposition“ (S. 23). Sie vertraten „moderat demokratische Positionen“; an der Spitze eines deutschen Gesamtstaates wollten sie einen Präsidenten und keinen König; mit ihrem Verständnis von Demokratie wandten sie sich entschieden gegen ein Zweikammerparlament in Preußen.

Wie in der Einleitung deutlich wird, blieb die politische Gemengelage sehr unübersichtlich, weswegen in „diesem Feld der fluiden Meinungsbildung“ (S. 23) im zeitgenössischen politischen Spektrum der Neuen Königsberger Zeitung eine bedeutende Rolle zukam. Gegen bestehende Deutungshoheiten unterbreitete das Blatt gerade mit den Beiträgen Gregorovius' ein neues, zusätzliches Deutungsangebot.

„Europa und die Revolution“, so behauptet der Herausgeber Dominik Fugger in seiner Einleitung, ist ein anspruchsvoller Titel. Er passt zu einem anspruchsvollen Autor wie Ferdinand Gregorovius.

Berlin

Michael F. Feldkamp

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Deniz Anan: **Partieprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013.**

Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2017 (= Empirische Studien zur Parteienforschung), 388 S., ISBN: 978-3-658-17897-9



Nicht erst seit den jüngsten koalitionspolitischen Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene sieht man einer vergleichenden Analyse von liberaler und grüner Programmatik mit erheblicher Spannung entgegen und ist bereit, sich auf den für den Historiker befremdlichen politikwissenschaftlichen Stil einzulassen. Dieser tritt dem Leser in der ursprünglichen Dissertation von Deniz Anan an der TU München in sehr massiver Form entgegen und macht die Lektüre keineswegs vergnügungssteuerepflichtig, wozu allerdings auch das methodische Vorgehen des Autors erheblich beiträgt.

Denn die programmatische Analyse wird sehr kleinteilig vorgenommen, so dass der Band teilweise zur wenig abwechslungsreichen Nacherzählung von Inhalten der verschiedenen Programme aus vier Jahrzehnten zwischen 1971 und 2013 wird. Zwar ist dem Ganzen eine knapp 80seitige methodische Einführung vorangestellt, wo der Autor natürlich seine Vertrautheit mit der politikwissen-

schaftlichen – nicht allerdings mit der zeithistorischen – Forschung unter Beweis stellt und seine Begrifflichkeit klärt. Dazu gehört, dass die Programme auf ihre wirtschaftspolitischen Aussagen einerseits und die gesellschaftspolitischen Passagen andererseits untersucht werden sollen und diese in ein Koordinatenkreuz zwischen „progressiv-libertär“ und „konservativ-autoritär“ sowie zwischen „sozialliberal“ und „wirtschaftsliberal“ eingeordnet werden (vgl. bes. S. 69). Letzteres unterscheidet sich vor allem darin, ob eher der „Gesellschafts-“ oder eher der „Wirtschaftspolitik“ in den jeweiligen Programmen der Vorrang eingeräumt wird. Außerdem wird nach dem Vorwiegen von „Wandel“ und „Kontinuität“ in kurz- und mittelfristiger Perspektive gefragt.

Der Hauptteil der Untersuchung befragt dann streng chronologisch die Wahl-, Aktions- und Grundsatzprogramme nach diesen Gesichtspunkten und ordnet sie jeweils in einem Fazit in das erwähnte Koordinatenkreuz ein, wobei als dritter Begriff noch „radikalliberal“ für den Fall eingeführt wird, dass sich „sozialliberales“ und „wirtschaftsliberales“ einigermaßen die Waage halten. In einem weiteren „Ergebnis“-Teil wird die vorherige Analyse nochmals epochenmäßig – 1971-87/1990-1998/2000-2005/2005-2013 – ausführlich zusammengefasst und schließlich in zwei Schaubilder zur „Positionierung“ und zur „ideologischen Zuordnung“ der beiden Parteien überführt (vgl. S. 351). Die „ideologische“ Position der FDP wird dabei für die Zeit von 1971 bis Mitte der 1990er Jahre als „radikalliberal“ und danach als „wirtschaftsliberal“ eingeordnet, während sich die Grünen von „ökosozialistisch-libertär“ (1980-94) zu „ökosozialliberal“ (1997-2009) wandeln, wozu 2013 wieder Tendenzen des ursprünglichen „libertären Ökosozialismus“ getreten sind. Entsprechend konstatiert Anan – wenig überraschend – für die programmatische Entwicklung sowohl Kontinuität als auch Wandel, wobei bei den Grünen eher letzteres, bei der FDP eher ersteres überwogen habe (Vgl. S. 342).

Es ist natürlich einfach, von „zeithistorisch-unsystematischer“ Seite Einwände gegen die Methode und die Begrifflichkeit zu erheben, zumal der Autor bei der Kontextualisierung erstaunliche Defizite aufweist: So soll Karl-Hermann Flach schon Mitte der 1960er Jahre „den Umbau der FDP zu einer stärker sozialliberal geprägten Partei“ als Generalsekretär forciert haben (S. 93); in das Amt wurde er indes 1971 just zu dem Zeitpunkt gewählt, als dieser „Umbau“ mit den „Freiburger Thesen“ zum Abschluss kam. Da soll das ominöse FDP-Buch von Udo Leuschner „aus dem Umfeld der Partei selbst“ kommen (S. 37), und da ist dem Verfasser nicht klar, dass die beiden Dokumentationen zur FDP-Programmatik von Peter Juling und Heino Kaack zwei verschiedene Bücher sind (S. 373).

Gewichtiger ist sicherlich der Einwand, dass der Ausgangspunkt 1971/Freiburger Thesen in doppelter Hinsicht Probleme aufwirft: Zum einen ist damals von einer grünen Partei, d. h. auch von einer entsprechenden parteipolitischen Konkurrenz, noch lange nicht die Rede. Zum anderen aber verzerrt dieser Ausgangspunkt auch etwas die Perspektive auf die FDP, weil danach natürlich ein programmatischer Wandel standfand, insbesondere in Bezug auf die hier gewählten Maßstäbe (vgl. etwa S. 307). In längerfristiger Perspektive kann man aber auch behaupten, dass die FDP nach „Freiburg“ wieder zu Positionen zurückgekehrt ist, die sie schon davor eingenommen hat, die „Freiburger Thesen“ in programmatischer Hinsicht also eher die Ausnahme als die Regel darstellten. Entsprechend wird man das Element der „Kontinuität“ auf liberaler Seite noch stärker betonen können.

Die Reihe von Einwänden des Zeithistorikers ließen sich noch weiter fortsetzen, zumal auf die Einbeziehung der politischen Rahmenbedingungen weitgehend – zwischen „Freiburg“ 1971 und „Kiel“ 1977 lag natürlich die „Öl(preis)krise“, so dass über die Gründe für das Ende „des kurzen Sommers des Sozialliberalismus“ gar nicht „spekuliert“ werden braucht (S. 314) - und auf strategische Überlegungen fast völlig (vgl. aber S. 359) verzichtet wird. Letzteres erklärt z. B., warum die Aussagen des „Berliner Programms“ zu Kirche und Religion dann als konservativer Rückfall hinter Positionen des Weimarer Liberalismus eingeschätzt werden (S. 93), wobei beispielsweise die Auseinandersetzungen über das Elternrecht im Parlamentarischen Rat oder Dehlers Kämpfe mit der katholischen Kirche einfach übergangen werden.

Spannender erscheint eher – zumindest in politischer Sicht - die Auseinandersetzungen mit den Schlussfolgerungen, die Deniz Anan zieht, wobei man allerdings seine vielen „Selbstrelativierungen“ etwas ausblenden muss:<sup>1</sup> Er vermag insgesamt keine programmatische Annäherungen zwischen Liberalen und Grünen erkennen, wie wohl sich die Grünen zumindest zeitweise nicht nur gesellschafts-, sondern auch wirtschaftspolitisch klassisch liberalen Positionen genähert hätten. Die FDP sei dagegen wirtschaftspolitisch immer mehr neoliberal geworden. Allerdings will Anan die späteren Grünen auch nicht so ganz aus der „liberalen Parteifamilie“ ausschließen (S. 353/355). Und liberal-grüne Koalitionen seien so lange schwierig, wie die Wirtschaftspolitik eine dominante Rolle im politischen Kurs spiele. Sollte diese Position – wie schon in den 1960er und beginnenden 1970er Jahren – wieder einmal von der Gesellschaftspolitik eingenommen werden, wäre die Lage nach seiner Auffassung anders (S. 361).

Ein Argument gegen die liberale Verwandtschaft von FDP und Grünen führt Anan allerdings selber an: die unterschiedliche Auffassung von der Rolle des Staates (S. 356 f.): Befürwortung von staatlicher Intervention oder Skepsis ihr gegenüber werden sich nicht so leicht auf einen Nenner bringen lassen. Dahinter steckt ja immer noch die alte, von Werner Maihofer vor über vierzig Jahren aufgeworfene – und liberalerseite beantwortete - Frage: Wem kommt im Zweifel das Prä zu – der Freiheit des Individuums oder der Sicherheit des Kollektivs? Da-

---

<sup>1</sup> Symptomatisch dafür ist eine Passage zu den „Karlsruher Freiheitsthese“ (S. 277): Diese greifen „den wachstumskritischen Diskurs (der Grünen) nun auf, übernehmen die Wachstumskritik aber nur teilweise, und bejahen und propagieren Wirtschaftswachstum“. Es folgt dann ein Zitat, in dem erklärt wird: „Eine Gesellschaft ohne Wachstum ist eine statische und versteinerte Gesellschaft.“ Und Wachstum sei das „Mittel für mehr Freiheit“.

bei ist die „Umwelt“ in diesem Zusammenhang wohl kaum individualistisch zu verstehen. Und nicht nur weil wirtschaftliche Fragen zukünftig kaum an Bedeutung verlieren werden, eher ist das Gegenteil zu erwarten, scheint eine Annäherung von grün und liberal nicht sehr wahrscheinlich, zumal ja auch gesellschaftliche Fragen wirtschaftliche Sprengkraft in sich bergen, wie sich jüngst am „Flüchtlings-Komplex“ gezeigt hat. Zieht man ein Fazit aus zeit-historischer Sicht, ist der wissenschaftliche Ertrag dieser Studie nicht unbedingt überragend, politisch regt sie aber sicherlich zu Diskussionen an.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

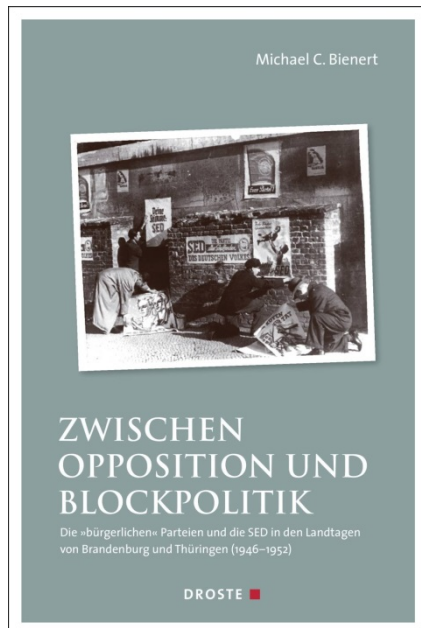




## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### **Michael C. Bienert: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die „bürgerlichen“ Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946-1952).**

Düsseldorf: Droste, 2016 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 171), 595 S., 13 Tab., ISBN: 978-3-7700-5330-8



Michael Bienerts voluminöses Werk ist weit mehr als ein bloßer Beitrag zum (Krypto-) Parlamentarismus in den Anfangsjahren der DDR: Ausgehend von den eher kurzlebigen Landtagen in Potsdam und Weimar bietet er eine ausführliche Darstellung der Innenpolitik in der SBZ und frühen DDR, deren unübersehbarer Grundzug die politische Gleichschaltung und der Aufbau einer „realsozialistischen“ Diktatur unter der Führung der SED war. Denn in den beiden ausgewählten Landtagen spiegelte sich die allgemeine Entwicklung der SBZ/DDR, vor allem das Mit- und Gegeneinander der drei „Blockparteien“ SED, CDU und LDP sehr anschaulich wieder.

Die Fokussierung auf zwei Landtage ist nachvollziehbar, weil diese beiden für unterschiedliche Konstellationen standen: Im agrarisch geprägten Flächenland Brandenburg nahm wie in Thüringen die SED die führende Rolle ein, im bürgerlichen Lager war es die CDU. Anders als im eher industriell geprägten Thüringen verfügte die SED

allerdings dort nicht über eine absolute Mehrheit, die bei den beiden „bürgerlichen“ Parteien lag. Allerdings wich die generelle Entwicklung nicht vom südlichen Nachbarland, ab, wo die Liberaldemokraten die zweitstärkste Fraktion bildeten.

Eher hatte die Parteikonstellations Auswirkungen auf widerständiges Verhalten: Die jeweils zweitstärkste Fraktion opponierte stärker gegen das Gebaren der Einheitssozialisten (S. 385) und war dann auch stärker Repressionen ausgesetzt. So mussten die Thüringer Liberalen in der ersten Legislaturperiode über 95 % ihrer Abgeordneten austauschen (S. 403). Allein diese Zahl zeugt schon davon, dass die Stalinisierung der SBZ von den bürgerlichen Kräften keineswegs stillschweigend hingenommen wurde, dass Auflehnung und Opposition gegen die SED und ihre sowjetischen Helfer aber zugleich auch eine riskante Unternehmung war. Kein Wunder also, dass kaum einer der bürgerlichen Abgeordneten in der zweiten kurzen Legislaturperiode zurück in den Landtag kehrte; die SED hatte nun mittels Einheitslisten schon im Vorfeld entsprechende Filter eingerichtet, so dass gleichgeschaltete Parlamente herauskamen, deren endgültige Auflösung im Sommer 1952 faktisch nur noch ihre bestehende Bedeutungslosigkeit bestätigte. Föderale Elemente, die zugleich ja auch immer einen gewissen Pluralismus sichern, hatten im sogenannten „demokratischen Sozialismus“ keinen Platz und wurden als „feudalistische“ Relikte diffamiert.

Dennoch sollte man – da ist Bienert zuzustimmen – die Bedeutung der Landtage nicht unterschätzen, waren sie doch der vielleicht wichtigste Schauplatz für die Auseinandersetzung über die Zukunft der SBZ. Nicht von ungefähr versuchte die SED zunächst ihre politischen Konkurrenten bei den Wahlen mit allen Mitteln zu behindern; das Ergebnis war in ihren Augen dennoch nicht wie erhofft. Umso mehr besetzte sie die Schlüsselpositionen im Landtag, angefangen von den Parlamentspräsidenten und deren Vertretern, und dann auch in den

Landesregierungen. Von Anfang waren die Aussichten weder für eine geregelte parlamentarische Arbeit noch für wirklichen Widerstand gegen die Umwandlung Mitteldeutschlands in einen Sowjetstaat einigermaßen günstig.

Diese allgemeine Entwicklung zwischen Elbe und Oder ist natürlich inzwischen gut herausgearbeitet und Bienert modifiziert das bekannte Bild auch nur in Nuancen. Sein großer Verdienst liegt darin, dass unter umfassender Auswertung der Literatur und der Quellen – nicht nur in den einschlägigen Parteiarchiven, sondern auch in den Editionen zur sowjetischen Deutschlandpolitik – das Handeln der beiden bedrängten bürgerlichen Parteien in das politische Umfeld eingebettet wird. So wird viel deutlicher, welchem Druck sie durch das perfide Zusammenspiel von SED und SMA ausgesetzt waren.

Natürlich gab es auch auf der anderen Seite Anpassungsbereitschaft, gerade die Parteiführung der LDP – sowohl Wilhelm Külz als auch seine Nachfolger Georg Kastner und Karl Hermann (vgl. S. 441 f. u. 467 f.), von Hans Loch ganz zu schweigen – kommen nicht gut weg. Allerdings erstaunt es etwas, dass Bienert nicht auf den ersten erzwungenen Führungswechsel bei den Liberaldemokraten von Waldemar Koch zu Wilhelm Külz hinweist. Auch wird nicht der kurzlebige Versuch der deutschen Liberalen, mit der DPD einen gemeinsamen gesamtdeutschen Dachverband aufzubauen, erwähnt, der 1947 Einfluss auf die deutschlandpolitischen Diskussionen hatte und den einzigen Versuch dieser Art zwischen 1945 und 1990 darstellte.

Insgesamt – so der Eindruck des Rezensenten – scheint die LDP hier etwas im Schatten der CDU zu stehen, was wohl vor allem der unterschiedlichen Forschungssituation geschuldet ist: Während es für die Ost-CDU eine Reihe von neueren Untersuchungen gibt, muss Bienert bei den Liberaldemokraten auf inzwischen schon etwas angejahrte Standardwerke wie die Darstellung zu Thüringen von Jürgen Louis oder das Tagebuch von Wolfgang Schollwer zurückgreifen. In gewisser Weise wird also von Bienert aus Sicht der Liberalismus-Forschung durchaus auch eine Lücke geschlossen bzw. zu weiteren Forschungen angeregt: Untersuchungen zu den Liberaldemokraten in Sachsen-Anhalt und vor allem in Sachsen sind nach wie vor Desiderate.

Wenn auch der CDU vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als der LDP, heißt das nicht, dass deren Rolle in der Darstellung nicht klar herauskommt. In ihren Reihen fanden mit Wilhelm Falk – Landesvorsitzender in Brandenburg – und Hermann Becker – thüringischer Fraktionsvorsitzender – auch die spektakulärsten Repressionsmaßnahmen gegenüber Landespolitikern statt, wobei Falk 1946 zunächst „nur“ von der Kandidatenliste des Landtags gestrichen worden war, zwei Jahre später dann aber – was Bienert nicht erwähnt – verhaftet und wie Becker zu Zwangsarbeit in sowjetischen Lagern verurteilt wurde.

Dennoch wird man Bienerts Fazit zustimmen müssen: So habe es zwar in den Landtagen ein „erhebliches oppositionelles Potential“ gegeben (S. 547). Aber selbst dann, wenn es mutig vorgebracht wurde, habe man der SED allenfalls „kleine Erfolge“ abringen können, die „auf die Gesamtentwicklung der SBZ bezogen jedoch unerheblich blieben“ (ebd.). Anders als Bienert (vgl. S. 539) wird man allerdings die Bedeutung der SBZ-Landtage für die deutsche Verfassungstradition vielleicht doch etwas höher ansetzen: Ein Teil der damaligen Parlamentarier versuchte unter den sehr schwierigen Bedingungen einer totalitären Besatzungsherrschaft die Prinzipien der liberalen Demokratie hochzuhalten. Viele ähnliche Beispiele dafür gibt es in der deutschen Verfassungsgeschichte auch wiederum nicht. Insgesamt hat das Buch von Bienert sicherlich das Zeug, zu einem Standardwerk für die Geschichte der SBZ zu werden, auch weil sich der Autor mit Werturteilen zurückhält und stets das Für und Wider abwägt.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

**Peter Brandt: „Freiheit und Einheit“.**

**Bd. 1: Beiträge zu den deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen während des langen 19. Jahrhunderts.**

**Bd. 2: Beiträge zu Fortschritt und Reaktion in Deutschland während des 20. Jahrhunderts – das Nationale und das Universale.**

[Neuruppin-Buskow]: edition bodoni, 2017, 400 u. 402 S., ISBN: 978-3-940781-81-9 u. 978-3-940781-82-6.



Peter Brandt, Emeritus und ehemaliger Leiter des Lehrgebiets Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der FernUniversität Hagen, legt zwei Bände mit Aufsätzen und Vorträgen vor, die er in den Jahren 1981 bis 2017 verfasst bzw. gehalten hat. Die in einem Zeitraum von gut dreieinhalb Jahrzehnten entstandenen 39 Manuskripte sind zum Teil entlegen, bereits in Zeitschriften und Sammelwerken publiziert worden und werden hier weitge-

hend unverändert abgedruckt. Es gibt neben dem neuen Einleitungssessay („Veränderungspotentiale und Beharrungskräfte in der deutschen Geschichte – Historische Voraussetzungen der deutschen Freiheitsbewegungen“, 2017, Bd. 1, S. 13-65) drei weitere Erstveröffentlichungen („Was ist eigentlich das Volk?“, 2015, Bd. 1, S. 75-84; „Niederlage – Befreiung – Neubeginn: Europa 1945“, 2015, Bd. 2, S. 143-156; „Der europäische Einigungsprozess und die Zukunft der Nationen“, 2006, Bd. 2, S. 387-399) und die Übersetzung eines zuvor nur auf Dänisch erschienenen Beitrages („Folklighed – ein Übersetzungsproblem?“, 2004, Bd. 1, S. 85-101).

Die Hauptthemen der knapp vierzig Aufsätze sind die im Untertitel der beiden Bände jeweils genannten Stichworte, nämlich Freiheits- und Einheitsbestrebungen im 19. Jahrhundert im ersten sowie Fortschritt und Reaktion bezogen auf „das Nationale und das Universale“ im zweiten Band. Es versteht sich, dass diese Stichworte nur grob das zu umreißen vermögen, was sich an Details in den einzelnen Beiträgen finden lässt. Gemeinsam sind allen Aufsätzen zum einen das Aufspüren „des emanzipatorischen Strangs in der deutschen Geschichte“ (S. 9) sowie zum anderen das Motiv der geschichtspolitischen Aufklärung bei Brandt. Die Absicht, mit fachwissenschaftlich abgesicherten Erkenntnissen historische Bildung bei möglichst vielen Gelegenheiten und für die breite Bevölkerung zu vermitteln, lässt sich auch aus den zuweilen genannten Vortragsorten entnehmen: historische Vereine und Gesellschaften sowie Burschenschaften. Oftmals beschränkt sich der Autor, dem Zweck von populären Überblicken entsprechend, auf summarische Literaturangaben.

Für die Liberalismusgeschichte ist eher der erste Band zum 19. Jahrhundert einschlägig, in dem sich beispielsweise Aufsätze über das Hambacher Fest (1982, S. 297-309) und „die politische Bewegung des Liberalismus im 19. Jahrhundert in Deutschland“ (1990, S. 133-158) befinden; im zweiten Band über das 20. Jahrhundert sticht zum Liberalismus-Thema hauptsächlich der biographische Beitrag über Hugo Preuß als Publizisten, Verfassungshistoriker und „Geschichtspolitiker“ hervor (2011, S. 57-80). Gerade dem Überblicksartikel zum Liberalismus aus dem Jahr 1990 merkt man freilich an, dass er inhaltlich überholt ist und einseitig argumentiert, indem hier allzu deutlich eine Perspektive vom Verfall des Liberalismus nach 1870 und seinem „Erben“, der Sozialdemokratie, eingenommen wird.

Die chronologisch sortierten Beiträge reichen von den „frühliberalen Aufklärern“ um 1800 bis zur deutschen Einigung im Jahr 1990, umfassen also rund zwei Jahrhunderte deutscher Geschichte. Die Schwerpunkte liegen auf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und auf der historischen Zäsur von 1945. Rund zwei Drittel des ersten Bandes (12 Beiträge) gehen darüber hinaus auf die Entstehungsgeschichte der Burschenschaften und ihren historischen Kontext ein. Die frühe deutsche Nationalbewegung hatte Brandt in seiner 1988 an der Technischen Universität Berlin von Reinhard Rürup betreuten Habilitationsschrift zum Thema „Studentische Bewegungen und Frühnationalismus um 1800“ behandelt. Hier wird auch die zentrale Frage nach dem spannungsreichen Verhältnis von Einheit und Freiheit gestellt, welche die deutsche Geschichte im Allgemeinen und die Liberalismusgeschichte im Besonderen vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Ausgang des 20. Jahrhunderts geprägt hat. Bei der Lektüre entsteht der dringende Wunsch, dass diese bisher ungedruckte grundlegende Untersuchung in nicht allzu ferner Zukunft veröffentlicht vorliegen möge.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

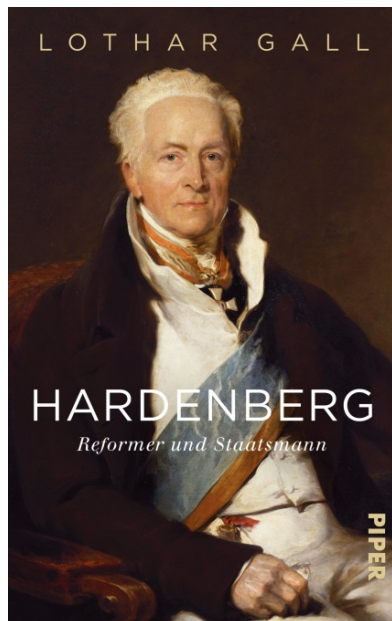
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Lothar Gall: Hardenberg. Reformier und Staatsmann.

München/Berlin/Zürich: Piper, 2016, 282 S., 12 Abb., ISBN: 978-3-492-05798-1



Rund ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit 1967 Peter Thielen die letzte umfangreiche Biographie des preußischen Staatsmanns Karl August von Hardenberg veröffentlicht hat. Nachdem Thomas Stamm-Kuhlmann zuletzt im Jahr 2000 eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung vorlegte, hat sich mit Lothar Gall der deutsche „Großmeister“ der Biographie des Themas angenommen. Nach seinen Darstellungen über Otto von Bismarck, Hermann-Josef Abs, Walther Rathenau und Wilhelm von Humboldt gerät nun der preußische Reformier in sein Blickfeld.

Die Darstellung des „Lebens des großen preußischen Staatskanzlers“ umfasst gut 250 Textseiten plus Bibliographie und Personenregister. Für seine Ausführungen hat Gall vor allem die seit fast eineinhalb Jahrhunderten publizierten Quellen (Tagebücher, Memoiren, Denkschriften etc., in den Jahren 1877-2000 ediert) herangezogen; auf die Auswertung von Archivalien verzichtet er, weil offensichtlich die gedruckten Quellen ausreichend erscheinen. Jedenfalls wird vom

Autor nicht erörtert, ob sich eine Tiefengrabung gelohnt hätte, wie sie zuletzt andere Biographen über Hardenbergs Zeitgenossen vorgenommen haben (so Wolfram Siemann über Metternich, 2016, oder Heinz Duchhardt über den Freiherrn von Stein, 2007).

Die Bilanz über Hardenbergs Leben deutet Gall nicht nur im Untertitel und frühzeitig im Text an, sondern er formuliert sie auch explizit aus: Dem Politiker sei es um eine tiefgreifende Reform des preußischen Staates gegangen, um eine Stärkung der Bürokratie zur Rettung des Gemeinwesens. Immer deutlicher wird dabei die Frage nach dem Erfolg dieses Bemühens beantwortet: Hardenberg sei gescheitert. Dass dieses Ergebnis nicht originell ist, kann man dem Autor schwerlich anlasten, eher schon, dass sein von großer Routine mit biographischen Quellen geprägter Sprachduktus wenig inspirierend wirkt, sondern nur stilistisch glatt präsentiert. Forschungskontroversen scheint es kaum zu geben, zumindest erfährt man nichts von ihnen; Überlieferungslücken werden nur selten angedeutet. Vielmehr legt die Quellenauswertung, die sich in seitenlangen ermüdenden Paraphrasen aus den Denkschriften und Briefen ergeht, eine positivistische Sichtweise geradezu nahe. Im Mittelpunkt steht stets Hardenberg, alle anderen Personen gruppieren sich um ihn, spielen begleitend mit. Es ist über weite Strecken keine Darstellung von „life and times“, sondern nur eine des Lebens einer Einzelperson und ihres Umfeldes: ein Hardenberg ohne die Zeit.

Dabei vermisst man in dieser Biographie gerade das, was der Klappentext (des Verlages) vollmundig ankündigt: „Seine zahlreichen Ehen und Liebschaften lassen ihn als Getriebenen auf der Suche nach Geborgenheit erscheinen.“ Es werde das Bild eines „großen Staatsmannes mit all seinen menschlich-allzumenschlichen Seiten“ gezeichnet. Davon ist leider so gut wie nichts in dieser Biographie zu finden. Die Ehen und Liebschaften werden nur gestreift, gerade einmal namentlich erwähnt. Von Getriebensein und mangelnder Geborgenheit spricht Gall an keiner Stelle. Überhaupt bleiben die Motivlagen Hardenbergs weitgehend im Dunkeln: Von dauerndem Finanzbedarf des notorischen Schuldenmachers ist die Rede, auch

von Karrierebewusstsein und Machtstreben, weniger aber von Selbstverliebtheit und strategischem Kalkül, das aus den Quellen aufscheint. Deutlicher werden die Unterschiede im Denken und Handeln gegenüber dem altständisch gesonnenen Stein und dem diplomatischen Strategen Metternich. Hardenberg tritt als straffer Organisator und Anhänger des aufgeklärten Absolutismus entgegen; bei allem Reformeifer war er also kein Liberaler „avant la lettre“.

Ganz seltsam mutet der Ausklang der Biographie an. Denn das Kapitel über den Staatskanzler ist zwar das längste von insgesamt elf des Buches. Aber den sechzigseitigen Ausführungen, die mit dem Wiener Kongress enden, folgen nur noch sieben magere Seiten über die folgenden sieben Amtsjahre bis zu seinem Tod. Das Schlusskapitel („Das Ende“) hat eine Länge von gerade einmal einer Textseite. Hier wird Hardenbergs Scheitern nochmals konstatiert, weil er alles seinem Machtstreben untergeordnet habe – mit einem verschachtelten letzten Satz über neun Zeilen.

Gall versäumt es, ein umfassenderes Resümee zu ziehen, das die Widersprüche in Hardenbergs Leben und Wirken würdigt oder seine Verdienste um den preußischen Staat noch einmal abwägend betrachtet. Ist ein Staatsmann wirklich gescheitert, der den preußischen Staat zusammen mit anderen Reformern so gründlich modernisiert hat? Wie lassen sich Erfolg oder Misserfolg im politischen Handeln messen angesichts des begrenzten individuellen Spielraums eines Politikers? Am Ende bleiben mehr Fragen offen, als man sich dies nach gut 250 Seiten Lektüre wünscht.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

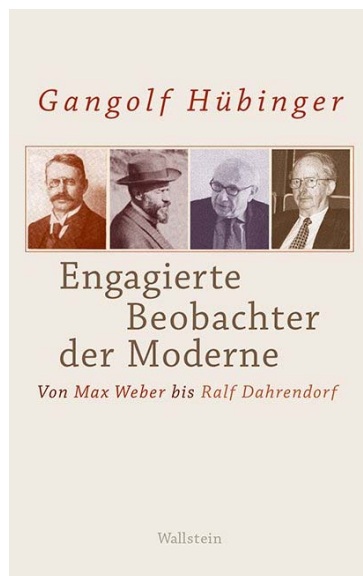
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Gangolf Hübinger: *Engagierte Beobachter der Moderne. Von Max Weber bis Ralf Dahrendorf.*

Göttingen: Wallstein, 2016, 277 S., ISBN: 978-3-8353-1797-0



Gangolf Hübinger darf als einer der besten Kenner der modernen deutschen Intellektuellengeschichte gelten. In frühen Jahren hat er bereits an der Max-Weber-Gesamtausgabe mitgewirkt, zur Edition der Schriften von Ernst Troeltsch hat er federführend beigetragen. Es dürfte wenige Ideenhistoriker geben, die mit dem Zeitalter der großen Mandarine im Kaiserreich so vertraut sind wie Hübinger. So ist es denn auch folgerichtig, dass Weber und Troeltsch in der vorliegenden Aufsatzsammlung als deutsche Pioniere einer engagierten Moderne-Beobachtung herausgestellt werden. Sie sind Wissenschaftler und Gelehrtenpolitiker zugleich und bieten den passenden Aufhänger, um über einen Intellektuellentypus nachzudenken, der vorrangig im bürgerlich-liberalen Milieu anzusiedeln ist.

Mit der Formel des „engagierten Beobachters“ greift Hübinger auf die sprechende Selbstcharakterisierung Raymond Arons zurück, der damit zugleich eine Situierung in der Intellektuellensoziologie des 20. Jahrhunderts vornahm. Arons „spectateur engagé“ will in der Schwebe zwischen identifizierendem intellektuellem Engagement und distanzierender gesellschaftlicher Beobachtung bleiben, d.h. seine liberalen Wertvorstellungen sollen die Maßstäbe für eine zeitdiagnostische politische Beurteilung liefern. Nicht der freischwebende oder der ideologisch und parteilich gebundene Intellektuelle stehen Pate, sondern das Ideal des Verantwortungsethikers.

Es ist ganz offensichtlich, dass Verantwortung nicht ohne Gesinnung und dass der „Spectator“ nicht ohne einen bestimmten Standpunkt auskommt. Das hätten auch Weber und Troeltsch nie bestritten, deren spezifische intellektuelle Leistung gerade darin bestand, eigene politische Positionen unter veränderten Bedingungen zu revidieren, dazuzulernen und das eigene Milieu zur kritischen Überprüfung der gepflegten Anschauungen zu bewegen.

Realismus, Rechtschaffenheit, Illusionslosigkeit, historische Erkenntnis (S. 15) – so lauten die Leitformeln, die diesen intellektuellen Habitus eines „aufgeklärten Liberalismus“ auszeichnen. Hübinger macht deutlich, dass es dabei eher um einen Modus der Reflexion geht als um in Stein gemeißelte politische Überzeugungen: Es ergibt wenig Sinn, Webers im politischen Kampf wurzelnde Vorstellungen von einer straff geführten Elitendemokratie (S. 107) oder Troeltschs Antiparlamentarismus (S. 186) mit heutigen Grundwerten einer liberalen Demokratie in Einklang zu bringen. Vielmehr zeichnete beide das Bewusstsein für die Zerrissenheit der Moderne aus. Zur Tugend des liberalen Intellektuellen gehört es, Spannungen auszuhalten, anstatt sie gewaltsam zu beseitigen. Die kantische Einsicht in den „Antagonismus“ einer ungeselligen Geselligkeit des Menschen – eben das „krumme Holz der Humanität“ (Isaiah Berlin) – verbot jede ideologisch inspirierte Vereinfachung.

Hübinger schlägt den Bogen über Fritz Stern bis hin zu Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas, um gleichsam das heroische Intellektuellenzeitalter an ein Ende gelangen zu lassen. Der Autor tut gut daran, seine gedankenreichen und unterschiedlichen Studien nicht in ein

enges begriffliches Korsett zu zwingen, denn „engagierte Beobachtung“ lässt sich natürlich vielfältig ableiten – immer jedoch sind Ambivalenzerfahrungen der Ausgangspunkt. Bei Fritz Stern ist es der „permanente amerikanisch-europäische Wechselblick“, der für eine besondere Sensibilisierung des „Geschichts-Intellektuellen“ sorgt (S. 214). Hübinger zeichnet in einem klugen Beitrag über den amerikanischen Historiker noch einmal nach, wie Stern sein intellektuelles Engagement aus einer jeweiligen Außenseiterperspektive lancierte, die ihre Relevanz aber durch eine spezifisch kulturelle Zugehörigkeit unterstreichen konnte. Seine Intervention in der Fischer-Kontroverse, die Kritik an Richard Nixon oder die Erinnerung an die deutsche Einheit im Jahr 1987 – all diese Beispiele unterstrichen Sterns Fähigkeit, eine zugleich engagierte, aber von außen beobachtende Rolle einzunehmen.

Wenn Hübinger schließlich über den Fuchs Dahrendorf und den Igel Habermas schreibt, dann zeigt sich unverhüllt, wo seine Sympathien liegen: nämlich beim liberalen Theoretiker der Lebenschancen, nicht beim Philosophen, der den demokratischen Rechtsstaat stets auf normative und diskurstheoretische Legitimationsgründe zurückführen möchte. Der Rückblick auf die Debatte um die deutsche Einigung ist erhellend, auch weil sie die Grenzen des Gelehrtenintellektuellen vor Augen führt. Während Habermas von der Dynamik der Ereignisse paralysiert den Mangel an zukunftsweisenden Ideen einer nachholenden Revolution beklagte und den D-Mark-Nationalismus fürchtete, begrüßte Dahrendorf die Ausweitung des bundesrepublikanischen Rechtsstaats auf 16 Millionen Bürger.

Engagiert waren beide, aber Dahrendorfs Perspektive war diejenige der politischen Entscheider, während Habermas am intellektuellen Beruf zur Kritik festhielt, ohne Rücksicht auf die Erfolgswahrscheinlichkeit der eigenen Position. Hübinger betont zu Recht die produktive Spannung eines fünf Jahrzehnte währenden Dialogs zwischen dem bisweilen avantgardistisch vordenkenden, manchmal aber auch hegelianisch nachdenkenden Kritiker eines „gespaltenen Westens“ einerseits und dem pragmatischen politischen Ratgeber andererseits. Die Wirkung der Intellektuellen verdankt sich in pluralistischen Gesellschaften der Tatsache, dass verschiedene Auffassungen von ihrer Rolle miteinander konkurrieren und kein bestimmter Typus privilegiert werden sollte.

Weitere Studien dieses gehaltvollen Bandes machen deutlich, dass das intellektuelle Feld nicht allein durch gelehrte Individualisten geprägt wird. Hübinger zeichnet in zwei instruktiven Aufsätzen die Geburt der modernen Sozialwissenschaft nach, indem er die Netzwerke, Themen, Methoden und Wirkungen des legendären „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ untersucht sowie kontrastierend den Sozialreformismus der britischen Fabier und der amerikanischen Progressiven analysiert. Max Webers strikte Trennung von Wissenschaft und Politik, sein ethisch-personalistischer Entwurf politischer Herrschaft ist dem Webb'schen Fabianismus diametral entgegengesetzt: Während in Deutschland die Industriemoderne in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen zwar empirisch erfasst, aber mit Skepsis betrachtet wurde, dominierte in der britischen Linken der Glaube an den Kollektivismus, an die Planbarkeit der sozialen Beziehungen, an die Kompetenzen der Wohlfahrtsbürokratie und an die Herrschaft der sozialtechnologischen Experten.

Es ist müßig, sich bei dieser Sammlung verschiedener Arbeiten des Verfassers über eine vermeintlich fehlende methodische Stringenz zu beklagen. Vielmehr sollte der Leser die Chance ergreifen, sich von den zahlreichen Querverbindungen innerhalb dieses klugen Buches inspirieren zu lassen. Hübinger zeigt dabei in vielerlei Hinsicht, wie man heutzutage eine soziologisch informierte, in sozial- und politiktheoretischen Fragen versierte und gegenwartsrelevante „intellectual history“ konzipieren kann. Das gelingt auch deswegen, weil die großen Themen der „engagierten Beobachter“ – Kapitalismus, Demokratie, Säkularisierung – in der Moderne unerledigt und deswegen von brennender Aktualität bleiben werden.

Hamburg

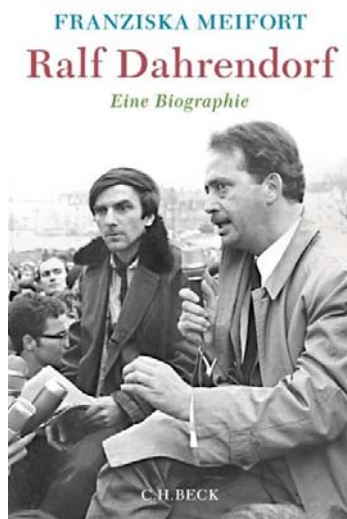
Jens Hacke



## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Franziska Meifort: Ralf Dahrendorf – Eine Biografie.

München: C.H. Beck, 2017, 477 S., 14 Abb., ISBN: 978-3-406-71397-2



„Der Grund, warum Dahrendorf immer wieder bewusst die Rolle des öffentlichen Intellektuellen suchte, war seine Überzeugung, die liberale Demokratie stärken und verteidigen zu müssen.“ (S. 301) Und weiter: „Die Betonung der ‚Werte des Westens‘ erfolgte bei Dahrendorf [...] im Sinne der Verteidigung der Demokratie und der Aufklärung gegen Autoritarismus, Diktatur und religiösen Fundamentalismus.“ (S. 312) – Diese beiden Zitate aus der Zusammenfassung des Buches von Franziska Meifort bezeichnen kurz und prägnant die grundsätzlichen Positionen Dahrendorfs, die seine Schriften und Aktivitäten ein Leben lang kennzeichneten. In meist chronologischer Abfolge stellt die Autorin die Stationen in Dahrendorfs Leben von der familiären Herkunft und der Beteiligung des Jugendlichen am Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis zum streitbaren Engagement des öffentlichen Intellektuellen als Mitglied im britischen House of Lords dar. Zwischen diesen beiden Wegmarken liegt eine Fülle an unterschiedlichen Stationen, die zwischen

Wissenschaft, Politik, Journalismus und der kritischen Funktion und Rolle eines öffentlichen Intellektuellen wechselten. Wie die Autorin stets betont, war es ein besonderes Kennzeichen für den Lebensweg Dahrendorfs, dass er mit all seinen Aktivitäten sowohl geistige und berufliche als auch geografische Grenzen scheinbar mühelos zu überschreiten pflegte.

„Über Grenzen“ – so betitelte er seine Autobiografie, die nun durch die umfangreich recherchierte und glänzend geschriebene Arbeit von Franziska Meifort eine beeindruckende Ergänzung erfährt. Ehe sie sich an die Arbeit mit der Biografie machte, hatte sie den Nachlass Dahrendorfs im Koblenzer Bundesarchiv erschlossen. Die dort aufgefundenen, bisher nicht publizierten vor allem autobiografischen Manuskripte, aus denen die Autorin häufig zitiert, machen die Lektüre des Buches auch für Dahrendorf-Kenner zusätzlich attraktiv.

Die Biografie wurde als Dissertation verfasst, was ihre Lektüre jedoch nicht erschwert; allerdings enthält der umfangreiche Anmerkungssteil hin und wieder Informationen, die vielleicht im Text der Biografie weiter hätten untersucht werden können. Der Leser wird die Kapitel des Buches je nach seinem speziellen Interesse unterschiedlich gewichten, für den Soziologen mögen die wissenschaftlichen Stationen aus Dahrendorfs akademischer Anfangszeit besonders interessant sein, für den politisch Interessierten die Jahre zwischen 1964 und 1974 sowie wieder von 1982 bis 1987, als er in der Freien Demokratischen Partei der Bundesrepublik politisch aktiv war. Für all seine Engagements aber gelten einige grundsätzliche Vorstellungen, an denen der Grenzgänger stets festhielt. Die Autorin betont zum Beispiel die grundlegende Auffassung Dahrendorfs, dass fortschrittlicher Wandel sich aus geregelten Konflikten ergeben müsse – eine Überzeugung, die er von Immanuel Kant herleitet und die vollends durch seine Befassung mit der „Offenen Gesellschaft“ Karl Poppers befestigt wurde. Sowohl in der Politik als auch in seiner Soziologie gehört diese Überzeugung zu den konstitutiven Elementen seines Denkens und Handelns. Schon in seiner Auseinandersetzung mit dem berühmten amerikanischen Soziologen Talcott Parsons, den Dahrendorf 1957 während eines Studienaufenthalts in den USA kennenlernte, moniert er, dass es Parsons mit seiner „funktionalistischen Integrationstheorie“ nicht um den Wandel, das nach Dahrendorfs Auf-

fassung dominante Kennzeichen allen Lebens, sondern um ein utopisches Harmonie-Modell gehe.

Ähnlich ist es mit dem Begriff der „Lebenschancen“, den Dahrendorf von Max Weber übernimmt und den er aus den beiden Bestandteilen „Optionen“ und „Ligaturen“ komponiert. Wobei die Ligaturen mehr sind als nur Bindungen an bestimmte gesellschaftliche oder politische Organisationen, wie Franziska Meifort es darstellt. Vielmehr drücken sie die unterschiedlichen Werthaltungen aus, die in einer pluralistischen Gesellschaft nebeneinander existieren oder miteinander im Wettbewerb stehen und dadurch mitverantwortlich sind für die Vitalität demokratischer Verhältnisse und für die Freiheitschancen des Individuums. In seinem Buch „Lebenschancen – Anläufe zur sozialen und politischen Theorie“ kennzeichnet Dahrendorf die Anomie, das Gegenteil einer von vielfältigen Werthaltungen geprägten, lebendigen Gesellschaft, mit dem simplen, aber eindrucksvollen Satz: „Wenn alles gleich gültig ist, ist alles gleichgültig.“

Zu Recht betont die Autorin, dass das zentrale Ziel sowohl seiner Soziologie als auch seiner politischen Philosophie für Dahrendorf vor allem anderen die individuelle Freiheit bleibt, die zwar der staatsbürgerlichen Gleichheit der Menschen bedarf, aber sonst gegen jede Gängelung verteidigt werden muss. Der Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit spielte in seinen Schriften häufig eine wichtige Rolle, auch als Dahrendorf zu Beginn der achtziger Jahre seine Position als Direktor der London School of Economics and Political Science (LSE) aufgab und in die deutsche Politik zurückzukehren versuchte. Franziska Meifort kontrastiert die nach seiner Abwesenheit verblasste Wirkung im deutschen Liberalismus eindrucksvoll mit der Zeit um 1970, als er als „Senkrechtstarter“ und Polit-Star galt. Seine Partei, die FDP, hatte sich mittlerweile gewandelt. Die sozialliberalen Ziele waren zugunsten eines ökonomischen Liberalismus weitgehend aufgegeben worden. Dreierlei dominierte nun die Grundsatzdiskussionen der Partei: Privatisierung, deregulierte Marktwirtschaft und das Streben nach Wachstum als Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt. In den sechziger und siebziger Jahren waren soziale Aspekte eines modernen Liberalismus auch in Dahrendorfs politischen Schriften zu finden, die nun aber in der FDP eher als Kennzeichen eines Irrweges angesehen wurden. Gewährsmann für die neue Programmatik war der Ökonomie-Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek. Mit seinem Namen verband man ein Bekenntnis zum „Marktfundamentalismus“ und zu einem ökonomischen Liberalismus-Verständnis. Zentraler Punkt in der Auseinandersetzung zwischen den nunmehr dominanten „Wirtschaftsliberalen“ und den wenigen verbliebenen „Sozialliberalen“ war der Freiheitsbegriff. Während jene es gemäß Hayekscher Theorie bei negativer Freiheit belassen wollten, fügten diese ihr die Lebenschancen als eine Form der positiven Freiheit hinzu. Die beiden Positionen prallten in Diskussionen und Veranstaltungen zum Beispiel in der den Liberalen nahe stehenden Theodor-Heuss-Akademie häufig unversöhnlich aufeinander. Dahrendorf, obwohl er sich niemals als Sozialliberaler verstanden, jedoch einige sozialpolitische Forderungen in sein Programm aufgenommen hatte, zum Beispiel die nach einem „garantierten Mindesteinkommen“ als Bürgerrecht, wurde Hayek gegenüber kaum beachtet, was in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit dazu beitrug, dass er resignierte und aus der FDP austrat.

Mit Hayek hatte sich Dahrendorf vor allem an zwei Stellen seiner Schriften ausführlich befasst und sich von ihm abgegrenzt: 1979 in seinem Buch „Lebenschancen“ und dann vor allem 1990 in seinen „Betrachtungen über die Revolution in Europa“. Franziska Meifort hat sich mit dieser für die Definition des „Radikalliberalismus“, wie Dahrendorf ihn für sich beanspruchte, wichtigen Kontroverse kaum auseinandergesetzt. Lediglich in einer Anmerkung findet man den Namen Hayek und einen Hinweis darauf, dass es später in der FDP Bestrebungen gab, die beiden Positionen miteinander zu versöhnen. Dass Dahrendorf hingegen an der Programmdiskussion der FDP um 1970, als es um den sozialen Liberalismus ging, nicht beteiligt war, erwähnt die Autorin zu Recht. Gleichzeitig aber übernimmt sie die wohl nicht auszurottende Fehlinformation, Karl-Hermann Flach habe an der Formulierung des FDP-Programms von 1971, den „Freiburger Thesen“, mitgewirkt.

Andererseits hat Franziska Meifort sich ausführlich mit den vielen Texten über Dahrendorf befasst, die im Laufe der Zeit, besonders aber nach seinem Tod am 17. Juni 2009 erschienen sind. Dabei richtet sie durchaus einen kritischen Blick auf einige Interpretationen. Arnulf Barings schon 1982 geäußerte Vermutung, Dahrendorf sei aus Angst vor einem möglicherweise bevorstehenden Absturz der FDP 1970 aus dem Auswärtigen Amt zur Europäischen Kommission nach Brüssel geflüchtet, weist die Autorin mit Fug und Recht zurück; und Gangolf Hübingers These von 2016, Dahrendorf müsse als europäischer Intellektueller verstanden werden, korrigiert sie, indem sie nachweist, dass sein Werteverständnis stets ein „westliches“ gewesen sei, also bezogen auf das demokratische Europa unter Einschluss der USA, die er das Land der „angewandten Aufklärung“ nannte. Die Autorin stellt anhand von Dahrendorfs Haltung zum Irak-Krieg von 2003 diese Orientierung überzeugend dar: Dahrendorf stellte sich im Gegensatz etwa zu den Regierungen in Deutschland und Frankreich, aber auch zu vielen Intellektuellen um Jürgen Habermas und Jacques Derrida ausdrücklich an die Seite der kriegführenden USA – ohne freilich danach zu fragen, was es bedeutet, dass die Kriegsgründe von der Regierung George W. Bush wissentlich manipuliert waren, wie inzwischen erwiesen ist. Auch die Autorin stellt diese Frage im Bezug auf Dahrendorfs Haltung nicht; allerdings hat er es wohl auch vermieden, sich dazu zu äußern.

Sonst aber geht Franziska Meifort durchaus nicht unkritisch mit dem „Wunderkind“ Dahrendorf um. Interessant und bisher weitgehend unbekannt ist, dass seine Habilitationsschrift an der Universität des Saarlandes von Georges Goriely, seinem Vorgesetzten, mit „scharfer Kritik“ zurückgewiesen wurde. Hätte Goriely sein Gutachten nicht zurückgezogen und die Begutachtung der Fakultät überlassen, wäre diese „Hürde“ für den bis dahin vom Erfolg verwöhnten Jung-Wissenschaftler vielleicht nur schwer zu überwinden gewesen.

Auch dass Dahrendorf nach 1982, als er aus London nach Deutschland zurückkehrte, sowohl in Hinsicht auf seine politischen Ambitionen als auch als Professor an der Universität Konstanz recht ungeschickt agierte, verschweigt die Autorin nicht. Bedauerlich ist, dass sie auf seine Beiträge in „liberal“, den Vierteljahreshften der Friedrich-Naumann-Stiftung, deren Vorsitzender Dahrendorf von 1982 bis 1987 war, mit keinem Wort eingeht, weder im Text noch im Literaturverzeichnis. Stattdessen wird Dahrendorfs Bedeutung für die intellektuelle Szene in England sowohl durch eine Untersuchung seiner Arbeit als Direktor der LSE von 1974 bis 1984 als auch nach 1987 als Warden des St. Antony's College in Oxford, vor allem aber als von der Queen geadeltes Mitglied im House of Lords überzeugend dargestellt. Da Dahrendorfs öffentliche Reputation zeitweise im Ausland höher war als in seiner Heimat, obwohl er beispielsweise als Autor der Wochenzeitung „Die Zeit“ durchaus publizistisch präsent war, stellen diese Kapitel für den deutschen Leser eine besonders interessante Lektüre dar.

In Diskussionen über die Bedeutung Dahrendorfs konnte und kann man häufig hören, dass er schon seit seinem Einstieg in die Bundespolitik 1969 nicht mehr im strengen Sinne als Wissenschaftler anerkannt war. Andererseits wurde ihm als Politiker häufig ein Scheitern attestiert, weil er weder als Staatssekretär noch als Europäischer Kommissar besonders hervorstach, allenfalls machte er durch mediale „Nestbeschmutzung“ von sich reden. Beide Einschätzungen mögen einiges für sich haben; dass sie aber keineswegs die Bedeutung Dahrendorfs für die intellektuelle Diskussion weit über die Grenzen Deutschlands hinaus schmälern, hat Jürgen Habermas in seiner Rede zum 80. Geburtstag des Grenzgängers, wenige Wochen vor dessen Tod, mit viel Sympathie für seinen Altersgenossen ausgedrückt. Die Biografie von Franziska Meifort ist ein eindrucksvoller Beleg für diese Beurteilung eines der wenigen Intellektuellen Deutschlands, denen nach 1945 eine glanzvolle internationale Karriere gelungen ist.

Monschau

Karl-Heinz Hense

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

**Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.): Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949 – 1969. Bearbeitet von Volker Stalmann.**

Düsseldorf: Droste, 2017 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Band 16/I), 192\* und 1542 S., ISBN: 978-3-7700-5338-4



Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien legt derzeit in beeindruckend rascher Folge Bände mit den Protokollen der Fraktionen des Deutschen Bundestags in den Jahren 1949 bis 1990 vor. Dazu gehört jetzt auch ein zwei Teilbände umfassender Band für die Sitzungen der FDP-Fraktion in den ersten fünf Legislaturperioden (1949–1969). Er enthält insgesamt 246 von 745 hauptsächlich

im Nachlass Wolfgang Mischnicks überlieferten Protokollen; somit wurden durchschnittlich etwa 13 Protokolle pro Jahr ausgewählt. Allerdings weist der Bestand, der der Edition zugrunde liegt, u. a. für die zweite Hälfte der 50er Jahre große und nicht erklärliche Lücken auf: Für 1957 liegen überhaupt nur sechs Protokolle, für 1959 nur eins und für 1958 keines vor. Der erste Band enthält 131 Protokolle für die Jahre 1949–1962, der zweite 115 Protokolle für die verbleibende Zeit bis Herbst 1969. Damit liegt bei annähernd gleichem Seitenumfang beider Teilbände ein gewisser Schwerpunkt auf dem letzten Drittel des Bandzeitraums. Die Art der überlieferten Protokolle wechselt wiederholt von knappen Verlaufs- zu ausführlicheren Sitzungsprotokollen mit begleitenden Beschlussprotokollen. Ergänzt wird die Auswahl durch einige Protokolle von Sitzungen des Fraktionsvorstandes, des außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion und eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes und der Fraktion. Neben einer umfangreichen und sehr informativen Einleitung des Bearbeiters Volker Stalmann enthält der Band die üblichen Verzeichnisse, darunter auch eine um biographische Angaben angereicherte Liste der Bundestagsabgeordneten der FDP.

Unter Berücksichtigung einer soweit wie möglich gleichmäßigen zeitlichen Verteilung möchte die Auswahl die „instruktivsten und aussagekräftigsten Protokolle“ (S. 13\*) präsentieren. Dieses Kriterium entbehrt zwar nicht einer gewissen Subjektivität, ist jedoch angesichts der in der Einführung demonstrierten Sachkenntnis des Bearbeiters anderen formalistischen Kriterien grundsätzlich überlegen.

Dieses unvermeidliche Kriteriumsproblem jeder Auswahledition, immer nur eine begrenzte Anzahl von Dokumenten präsentieren zu können, wird zudem künftig an Bedeutung verlie-

ren, wenn wie vorgesehen auch die nicht in der Buchfassung enthaltenen Protokolle online zur Verfügung gestellt werden. Die Parlamentarismuskommission strebt an, die Fraktionsprotokolle aller im Bundestag vertretenen Parteien für die Zeit bis 1990 auf einer eigens dafür geschaffenen Plattform online ([www.fraktionsprotokolle.de](http://www.fraktionsprotokolle.de)) zu präsentieren, nach zeitlichen, inhaltlichen und Parteifiltern durchsuchbar.

Generell, aber vor allem für die Buchfassung wäre es gleichwohl bereits jetzt nützlich gewesen, eine vollständige Liste aller Protokolle mit vorzulegen. Dies böte die Möglichkeit festzustellen, ob für einen bestimmten Zeitraum alle Protokolle vorliegen. Verdeutlichen kann man den Nutzen einer solchen Liste am Beispiel der Regierungsbildung 1961. Zunächst tagte die Fraktion nach der Bundestagswahl drei Mal gemeinsam mit dem Parteivorstand (19. und 29. September und 6. Oktober 1961). Die Protokolle dieser gemeinsamen Sitzungen sind in der Edition der Vorstandsprotokolle publiziert und können daher in dem hier zu besprechenden Band ausgelassen werden; ob sie Gegenstand der Online-Publikation sein werden, bleibt abzuwarten. Die Verzahnung beider Editionen zeigt auf jeden Fall, mit wieviel Geschick und Weitblick die Editionsreihen der Parlamentarismuskommission angelegt sind. Für die vier Wochen nach dem 6. Oktober 1961, also bis zur Ernennung der Minister, die Thomas Dehler noch im letzten Moment zu verhindern suchte, sind die Protokolle weiterer sechs Fraktionssitzungen in dem hier besprochenen Band abgedruckt. In welchem Verhältnis die hier abgedruckten Protokolle zur Gesamtzahl der Sitzungen in dem Zeitraum stehen, bleibt auf den ersten Blick unklar, obwohl dies für die Einschätzung des vorgelegten Materials von erheblicher Bedeutung wäre. Offenbar und wie nicht anders zu erwarten hat es mehrere weitere Sitzungen gegeben. Zumindest die Protokolle zweier Sitzungen vom 20. und vom 25. Oktober 1961, die sich ebenfalls im Nachlass Mischnick finden, sind in den Fußnoten nachgewiesen, leider ohne jeglichen Hinweis, und sei er noch so knapp, auf die besprochenen Fragen und Ergebnisse (S. 470). Dass diese inhaltliche Knappheit nicht grundsätzlichen Editionsrichtlinien geschuldet ist, verdeutlicht eine Fußnote zwei Seiten weiter; hier wird womöglich versehentlich ein wesentliches Ergebnis einer Sitzung zusammengefasst, deren Protokoll im Band abgedruckt ist.

Der Zeitraum umfasst die Entwicklung der FDP von einer Partei, die anfangs mit den Reichsfarben schwarz-weiß-rot für sich warb und im Bundestag auf dem rechten Flügel saß, bis zum Vorabend der sozialliberalen Koalition. Zwar spielten aus Satzungsgründen die unterschiedlich orientierten Landesverbände die Hauptrolle im Richtungsstreit der FDP, aber diese Auseinandersetzung wird auch noch in den Fraktionsprotokollen des ersten Jahrfünfts sichtbar. Eine ihrer Sternstunden hatte die FDP-Bundestagsfraktion, als sie nach dem heute fast vergessenen Dauerstreit zwischen Teilen der Fraktion und der Adenauer-CDU Anfang 1956 aus der Koalition ausschied und damit die FDP auf den Kurs einer unabhängigen Kraft im Parteienspektrum brachte. Der Einfluss der FDP auf die Regierungspolitik, für die die FDP als Koalitionspartner die Verantwortung mittrug, war angesichts der 1953 errungenen absoluten Mehrheit der Mandate der Union ohnehin gering. Die bis heute bestehende Übung, keine Koalitionen mit Partnern einzugehen, die bereits über eine absolute Mandatsmehrheit verfügen, dürfte hier zumindest eine ihrer Wurzeln haben.

Der frühere Partei- und Fraktionsvorsitzende Dehler bezeichnete übrigens das Ausscheiden des größten Teils der FDP-Fraktion aus der Regierungskoalition fünf Jahre später als rein außenpolitisch begründet (S. 465). Dabei unterschlägt er die seinerzeit mindestens ebenso wichtige Auseinandersetzung um von der Union ins Spiel gebrachte Wahlrechtsänderungen, die die FDP-Fraktion halbiert und damit als eigenständige politische Kraft in ihrer Existenz gefährdet hätten. Das Ausscheiden aus der Regierung trug maßgeblich dazu bei, dass die FDP nicht das gleiche Schicksal anderer Parteien erlitt, die von der CDU geschluckt wurden.

Fünf Jahre blieb die FDP danach in der Opposition und musste wichtigen Entwicklungen letztlich ohnmächtig zuschauen, u. a. der Gründung der EWG ebenso wie der folgenreichen Rentenreform 1957. Der abermalige Eintritt in eine Adenauer-geführte Bundesregierung

1961 machte dann das Wort „Umfallen“ bis heute zu einem politischen Schimpfwort, obwohl es nicht für einen kompletten Kurswechsel, sondern letztlich bloß für einen durchsetzbaren Kompromiss stand. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob und wie sich die Geschichte der FDP anders entwickelt hätte, wenn sie für weitere vier Jahre in der Opposition geblieben und die Große Koalition, die damals noch diesen Namen verdient hätte, bereits 1961 und nicht erst 1966 zustande gekommen wäre. Denn dies wäre die Alternative zu einer CDU/CSU-FDP-Regierung gewesen, da die SPD zum Eintritt in eine von Adenauer weitergeführte Regierung bereit war. Verhindert wurde dies durch die pragmatische Bereitschaft der FDP, ihre Wahlkampforderung „Mit der CDU, aber ohne Adenauer“ nicht sofort, sondern erst im Verlauf der Legislaturperiode durchgesetzt zu sehen. Damit sicherte sich die FDP unter der Führung Erich Mendes nochmals für fünf Jahre Einfluss auf die Regierungspolitik.

Im Rahmen der Spiegel-Affäre gelang es dann, den Rücktritt Adenauers und den Wechsel zum Lieblingskanzler der FDP, Ludwig Erhard, auf den Herbst 1963 festzulegen. Drei Jahre später war das Verhältnis zwischen Union und FDP erneut derart zerrüttet, zumal die FDP noch immer unter dem Eindruck der Umfall-Kritik wegen der Regierungsbildung 1961 stand, so dass die Koalition 1966 an einer vergleichsweise nebensächlichen Frage zerbrach und einer Großen Koalition Platz machte. Damit wurde die zweite und letzte Oppositionsphase der FDP während der alten Bundesrepublik – abgesehen von einem nur wenige Tage währenden Intermezzo 1982 am Ende der sozialliberalen Koalition – eingeleitet.

Auch wenn die Protokolle manchmal in ihrem technischen Charakter („Moersch trägt den Inhalt der Ausführungen, die er im Plenum zu machen beabsichtigt vor.“ – S. 1389) kryptisch bleiben, sind sie doch über weite Teile für den Experten wie auch für andere interessierte Leser eine spannende, vor allem aber wichtige Lektüre zur Geschichte der FDP, aber darüber hinaus zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

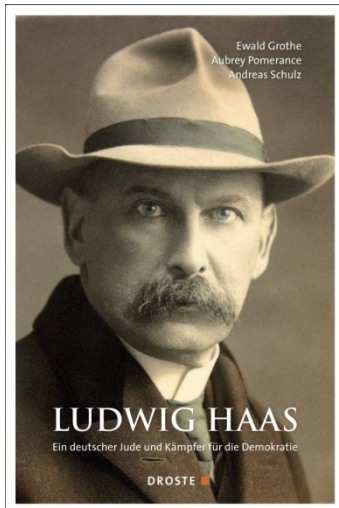
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Ewald Grothe/Aubrey Pomerance/Andreas Schulz (Hrsg.): Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie.

Düsseldorf: Droste, 2017 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 174), 320 S., 18 ungez. S.: Illustrationen, ISBN: 978-3-7700-5335-3



Ludwig Haas gehörte zu den bedeutenden, wenngleich bisher noch wenig beachteten Persönlichkeiten der badischen und der deutschen Geschichte im ausgehenden Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Seit 1901 war er in Karlsruhe als Anwalt ansässig, wurde hier 1912 Reichstagsabgeordneter für die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei und hatte als badischer Innenminister (1918/19) wesentlichen Anteil daran, dass in Baden der Umbruch von der Monarchie zur Republik unblutig verlief. In den folgenden Jahren hat er noch als badischer Staatsrat sowie bis zu seinem Tod 1930 als Reichstagsabgeordneter gewirkt, zuletzt als Vorsitzender der DDP-Fraktion.

Politisch war Haas ein aufrichtiger und mutiger Kämpfer für die Ziele Rechtsstaat und Demokratie. Dabei fühlte er sich gleichermaßen als Jude wie auch als deutscher Patriot, der dem insbesondere seit 1879/1880 immer stärker aufkommenden Antisemitismus mutig entgegengetreten ist und der in seinen letzten Reichstagsreden mit Nachdruck vor dem heraufziehenden Nationalsozialismus gewarnt hat.

Nachdem von einem Enkel von Ludwig Haas (ein Zweig der Familie war 1937 nach Neuseeland ausgewandert) ein Teilnachlass des DDP-Politikers dem Jüdischen Museum Berlin angeboten wurde, war dies der Anlass, sich im Rahmen eines Kolloquiums, das von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, dem Jüdischen Museum und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien veranstaltet wurde, einmal intensiver mit Haas zu beschäftigen.

Die Beiträge dieses Kolloquiums sind im hier vorliegenden Band abgedruckt, durch weitere Aufsätze ergänzt und spiegeln zahlreiche Facetten des Wirkens von Ludwig Haas, seines Umfeldes sowie der Familiengeschichte wider.

So finden sich u. a. Ausführungen zu Haas als Reichstagsabgeordneter im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg (Beitrag Jürgen Frölich, S. 79-91) bzw. in der Weimarer Zeit (Beitrag Volker Stalman, S. 119-155), genauso wie sich Ewald Grothe einmal grundsätzlich mit Forschungen zum Linksliberalismus in der Weimarer Zeit auseinandersetzt (S. 177-186). Hinzu treten weitere Aufsätze zur Familiengeschichte Haas (Beitrag Heidi Gembicki-Achtnich, in Zusammenarbeit mit Martin Achtnich, S. 193-234), zur Emigration linksliberaler Politiker in den Jahren des Dritten Reiches (Beitrag Martin Schumacher, S. 251-278) oder aber zum Wirken von deutschen Exilanten in Neuseeland (Beitrag James N. Bade, S. 279-289).

Aus der Sicht des Landeshistorikers interessieren insbesondere die Beiträge, die sich mit den politischen Anfängen von Ludwig Haas beschäftigen, so die Ausführungen von Aubrey Pomerance zum Engagement von Haas als Verbindungsstudent (S. 13-29). Bereits in seinem ersten Semester hatte sich Haas 1894 in Heidelberg der jüdischen Verbindung Badenia angeschlossen. Bei dieser handelte es sich erst um die zweite jüdische Verbindung über-

haupt. Die erste war 1886 unter dem Namen Viadrina an der Universität Breslau gegründet worden. Erklärtes Ziel der jüdischen Verbindung war es, dem insbesondere seit den 1880er Jahren verstärkten Antisemitismus entgegenzutreten und zugleich den jüdischen Studenten ein gesundes Selbstbewusstsein zu vermitteln. Diese sollten sich ihrer Herkunft nicht schämen, sondern stets die hohe kulturgeschichtliche Bedeutung des Judentums vor Augen haben. Zugleich verstand man sich als deutsche Patrioten, weshalb man dem Zionismus ablehnend gegenüberstand.

Damit sind wesentliche Aspekte des Selbstverständnisses von Ludwig Haas genannt. Pomerance begleitet Haas durch seine Studienzeit und beschreibt, wie dieser nebenbei in Heidelberg seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger ableistete, am Ende seines Dienstjahres jedoch nicht zum Gefreiten befördert wurde, was ohne Zweifel eine schwere Brückierung bedeutete bzw. hier wurde der Antisemitismus in der preußischen Armee offenbar. Nicht nur um seiner selbst willen, sondern auch mit Blick auf seine Kameraden in der jüdischen Verbindung erhob Haas hiergegen Protest.

Außer in Heidelberg hat Haas noch in München und Freiburg studiert, und auch hier engagierte er sich im jüdischen Verbindungswesen. So verfasste er u. a. das Bundeslied der Münchner Verbindung Licaria unter dem Titel „Recht geht vor Macht“. Gerade in den Zeilen dieses Bundesliedes bringt Haas seine Überzeugung zum Ausdruck, dass es um „der Selbstverantwortung und Selbstachtung“ (S. 19) willen notwendig sei, Unrecht entgegenzutreten, zugleich „beklagt Haas die Mutlosigkeit und die Angst vieler Glaubensgenossen ebenso wie die Ehrlosigkeit derjenigen, die sich ihrer Herkunft genieren“ (ebd.). Auch in seinem Freiburger Gastsemester hat Haas an der Gründung der jüdischen Verbindung Friburgia Anteil. Nach dem Ende seines Studiums blieb Haas den jüdischen Verbindungen, die sich 1896 zum Kartell-Convent zusammengeschlossen hatten, treu. So zeigt Pomerance auf, wie Haas auf Veranstaltungen des Kartell-Convents als Redner auftrat und hier das eingangs geschilderte Selbstverständnis der jüdischen Verbindungen mit Nachdruck zum Ausdruck brachte. Selbstverständlich hat auch im Gegenzug der Kartell-Convent die politische Karriere eines der Ihren mit Stolz verfolgt. Dies gilt insbesondere für seine Wahl in den Reichstag 1912, für seine freiwillige Meldung im Weltkrieg, den Aufstieg zum Offizier und die Auszeichnung mit dem EK II und dem EK I.

In den zwanziger Jahren finden sich immer wieder Grüße an Haas im Zusammenhang mit Geburtsdaten oder Ehejubiläen. Ganz am Ende seines Lebens hat sich Haas mit einem in den Mitteilungen des Kartell-Conventes gedruckten Vortrag zum Thema „Student und Politik“ nochmals zu Wort gemeldet, in dessen Rahmen er mit Nachdruck vor den Nationalsozialisten warnte.

Jens Weinhold beschäftigt sich schließlich mit dem politischen Engagement von Haas in Karlsruhe „am Ende des Kaiserreichs“ (S. 31-54). Damit füllt der Autor eine erhebliche Lücke, ist dieser Teil der Biographie von Haas doch bislang wenig erforscht. Aufgrund des Fehlens von Archivalien war es notwendig, Zeitungsberichte sowie Publikationen von Haas selbst für den Beitrag intensiv durchzusehen. Weinhold stellt Haas dabei als einen Politiker vor, der sich vor 1910 intensiv für den Zusammenschluss aller linksliberalen Gruppen einsetzte und zugleich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der SPD insbesondere auf kommunaler Ebene betonte. So kann Weinhold aufzeigen, wie Haas ein umfangreiches „Programm liberaler Sozialpolitik“ (S. 36) erarbeitete. Dies enthielt „als zentrale Forderung eine Wahlrechtsreform, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die Abschaffung der Verbrauchssteuern auf Grundnahrungsmittel, die Gründung kommunaler Versorgungsbetriebe, eine kostenfreie konfessionslose Volksschulbildung, die stärkere Einbeziehung der Frauen in die kommunale Selbstverwaltung... sowie eine soziale Arbeiterpolitik“ (S. 36). Als Ziele der Politik von Haas im kommunalen Rahmen führt Weinhold schließlich die Emanzipation von Frauen und Juden an. Zugleich legt der Autor dar, wie Haas in Karlsruhe publizis-



tisch im „Badischen Landesboten“ für seine Ziele eingetreten ist, genauso wie aufgezeigt wird, wie Haas in jüdischen Organisationen vernetzt war.

Ein weiterer Fokus des Autors liegt auf der Beschreibung der Anwaltstätigkeit von Haas. Dessen Kanzlei entwickelte sich überaus erfreulich; er gehörte zu den wenigen Anwälten, die es sich erlauben konnten, Wohn- und Arbeitsstätte zu trennen; im Übrigen praktizierte er auch während seiner Parlamentstätigkeit weiter. Neben dem Blick auf die Arbeitswelt des Abgeordneten treten seine ersten politischen Erfahrungswerte als Mitglied im Armen- und Waisenrat der Stadt Karlsruhe sowie als Beisitzer im Gemeindegerecht, das sich ebenfalls häufig mit sozialpolitischen Fragen auseinandersetzen musste.

Abschließend schildert Weinhold den Parteipolitiker Haas, dessen Wirken exemplarisch für den badischen Großblock stand, also kurz: Haas trat für das Bündnis aller liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie ein, um eine katholisch-konservative Mehrheit in Baden zu verhindern. Jedoch musste sich Haas bei der Stichwahl zum Reichstag 1912 gegen den Sozialdemokraten Adolf Geck behaupten, was ihm knapp gelang. Im Anschluss hieran schildert Weinhold das Auftreten von Haas im Reichstag. Hier trat der badische Politiker einerseits für sozialen Ausgleich ein, andererseits unterstützte er die Heeresvorlage des Jahres 1913 und betonte dabei, dass das Reich gerüstet sein müsse, zugleich jedoch auch alle Möglichkeiten für einen friedlichen Ausgleich zur Beilegung internationaler Krisen unbedingt gesucht werden müssten. Durch die Teilnahme an einer von den Schweizer Sozialdemokraten initiierten Konferenz zwischen deutschen und französischen Parlamentariern in Bern 1913 hat Haas seine Bereitschaft zur Völkerverständigung unterstrichen. Der Bewertung dieser Konferenz und ihrer Einschätzung durch Haas ist schließlich ein weiterer Beitrag von Torsten Rlotte gewidmet (S. 53-77).

Man kann der Naumann-Stiftung und der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus zu diesem Band nur gratulieren. Durch ihn erhält Ludwig Haas eine allfällige, bislang unterbliebene Würdigung.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

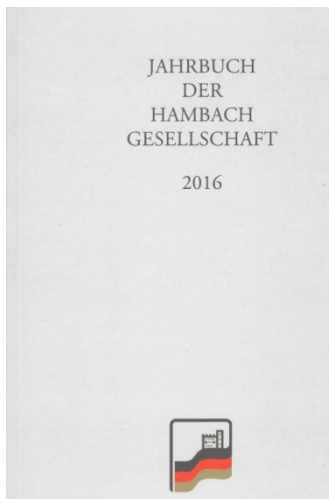
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung (Hrsg.): Jahrbuch der Hambach Gesellschaft 2016.

Neustadt an der Weinstraße, 2016, 211 S., ISSN: 0936-501X



Die 23. Auflage des Jahrbuchs der Hambach-Gesellschaft wartet mit zwei Neuerungen auf. Erstens hat der Band ein etwas anderes Layout erhalten, zudem erfolgt die Einteilung der Beiträge in Aufsätze sowie in ein Forum. In dieser Kategorie sollen besonders pointierte Ausführungen platziert werden, mittels derer die wissenschaftliche Diskussion befruchtet werden soll.

Unter den Aufsätzen findet sich neben einem Forschungsbericht von Tobias Hirschmüller „Zur regionalgeschichtlichen Forschung in Deutschland zum Ersten Weltkrieg im Erinnerungsjahr 2014“ (S. 97-126) ein biographischer Schwerpunkt: So stellt Birgit Bublies-Godau den Demokraten Jakob Venedey (S. 11-48) vor, Marc Schieren beleuchtet Leben und Werk des Verfassungsrichters Gerhard Leibholz (S. 127-162).

Henning Türk beschäftigt sich in seinen Ausführungen mit der Entwicklung der politischen Strömungen in der Pfalz zwischen dem Ausgang der Revolution 1849 und den Zollparlamentswahlen 1868 (S. 49-71): Während die Pfalz 1848/49 ausschließlich demokratisch und großdeutsch gesinnte Abgeordnete in die Paulskirche entsandte, setzten sich zwanzig Jahre später bei den Zollparlamentswahlen fast nur Kandidaten durch, die eine nationalliberal und zugleich kleindeutsche Richtung verfochten. Wie konnte es zu einem derartigen Umschlag in der politischen Haltung der Bevölkerung kommen? Gab es etwa schon 1849 Sympathien für Preußen, wie haben die Anhänger einer kleindeutschen Lösung während des Untersuchungszeitraums ihre Interessen verfochten? Dieser Frage geht Türk anhand des Lebenslaufes des bayerischen Landtags- und späteren Reichstagsabgeordneten Ludwig Andreas Jordan nach.

Schon 1849 hatte Jordan in der bayerischen Kammer die Regierung dazu aufgefordert, die Unionspolitik zu unterstützen, d. h. den Versuch Preußens, eine Reichseinigung unter konservativen Vorzeichen herbeizuführen. Damit stieß er bei der Regierung auf keine Resonanz, obwohl Stimmungsberichte schon 1849 bei den Weinbauern der Vorderpfalz Sympathien für Preußen konstatierten – verkauften doch diese ihr Produkt im Norden des Zollvereinsgebietes.

Während es in der Reaktionsdekade für Jordan wenig Möglichkeiten gab, politisch für eine kleindeutsche Einigung einzutreten, so ergaben sich bessere Chancen auf wirtschaftlichem Gebiet. Türk belegt dies anhand der Berichte der pfälzischen Handelskammer. Diese vertrat einen freihändlerischen Standpunkt und befürwortete 1863 mit Nachdruck den Beitritt Bayerns zum Freihandelsvertrag zwischen Frankreich und Preußen. Dagegen lehnte die pfälzische Handelskammer eine wirtschaftspolitische Abschließung durch Zollmauern, wie sie Österreich aufgrund seiner gegenüber Preußen rückständigen Wirtschaft benötigte, strikt ab. Da Preußen die Verlängerung des Zollvereins vom Beitritt zum besagten Handelsvertrag abhängig machte, wurde dieser Schritt von den süddeutschen Regierungen letztlich vollzogen, allerdings durchaus zum Bedauern der anderen bayerischen Handelskammern, die

Modifikationen des Vertrags bzw. eine stärkere Berücksichtigung Österreichs gewünscht hatten.

Mit Beginn der „Neuen Ära“ konnte Jordan in der bayerischen Kammer wieder stärker für innenpolitische Reformen einerseits und für die Zusammenarbeit mit Preußen andererseits eintreten. Aufgrund des preußischen Heeres- und Verfassungskonfliktes und dem Verfassungsbruch Bismarcks war diese Position zunächst nicht populär. Nur mit Mühe gelang es Jordan, bei den Anhängern der Fortschrittspartei in der Pfalz eine öffentliche Brückierung Preußens zu vermeiden. Überaus eingehend schildert Türk die Bemühungen Bassermanns um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Abgeordneten liberaler Prägungen der bayerischen Kammer. In den innenpolitischen Zielen herrschte Einigkeit, Differenzen gab es aber immer wieder im Hinblick auf die Stellung zu Preußen. Während des deutschen Bruderkrieges 1866 herrschte gerade in der Pfalz die große Furcht, Preußen könne das Land zum Verhandlungsobjekt machen, der schnelle Sieg Preußens brachte jedoch den vollständigen Stimmungsumschwung zugunsten der Anhänger der kleindeutschen Lösung. Nunmehr war klar, dass Preußen diejenige Macht darstellte, die Schutz vor einem etwaigen französischen Ausgreifen in die Pfalz darstellte. Zusammen mit den wirtschaftlichen Vorteilen des Zollvereins bedeutete diese Sicherheit längerfristig das Übergewicht einer nationalliberal propreußischen Richtung, das sich 1868 bei den Zollparlamentswahlen erstmals manifestierte.

In der Rubrik Forum legt Michael Parak „Ein geschichtspolitisches Plädoyer“ für „mehr Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte“ vor (S. 165-187), daran anschließend folgen die Ausführungen von Bernd Braun aus Anlass des 200. Geburtstages von Ernst Elsenhans (S. 189-209). An Otto v. Bismarck, so Braun, wird heute noch intensiv erinnert - seine Politik löste drei Einigungskriege aus, die „rund 200.000 Menschen das Leben (kosteten), von den Verwundeten und lebenslang Behinderten gar nicht zu reden“ (S. 199). Dagegen wird an einen Vorkämpfer für die Demokratie wie Elsenhans, der wie Bismarck 1815 geboren wurde, kaum erinnert, ja das Gedenken an seine Person z. T. bewusst verzerrt. Braun schildert zunächst den Lebensweg von Elsenhans. Dieser war der Sohn des Feuerbacher Schultheißen Johannes Elsenhans. Gelang es Johannes Elsenhans, als Schultheiß erfolgreich für seine Gemeinde zu wirken, so fehlten angesichts von 13 Kindern die Möglichkeiten für eine akademische Ausbildung für den Sohn Ernst. Da schon ein älterer Bruder Theologie studierte, wurde Ernst Elsenhans 1835-1840 Chirurg beim württembergischen Militär. Anschließend war er als Hauslehrer in der Schweiz tätig. Offensichtlich sprach er recht gut Englisch und Französisch, dies kam auch in der Übersetzung englischsprachiger Romane ins Deutsche zum Ausdruck. Vor allem aber war Ernst Elsenhans ab 1842 in Mannheim für die radikale „Mannheimer Abendzeitung“ als Redakteur tätig, ab 1847 ist er in Heidelberg anzutreffen, dort schrieb er ab dem 1. April 1842 für „Die Republik“. Die hier veröffentlichten Artikel brachten ihm eine Anklage u. a. „wegen Anstiftung zum Hochverrat“ (S. 194) ein. Im Oktober 1848 erfolgte die Verurteilung zu einer Haftstrafe von acht Monaten.

Im Zuge der Mairevolution wurde Elsenhans aus dem Gefängnis Kislau befreit und arbeitete nun für die Revolutionsregierung als Sekretär im Kriegsministerium. Während jedoch Kriegsminister Maximilian Werner in die Schweiz und später in die Vereinigten Staaten entfliehen konnte, „blieb Ernst Elsenhans sozusagen in Rastatt hängen“ (S. 195). Im belagerten Rastatt war er Redakteur des „Festungs-Boten“ und Begründer des „Clubs des entschiedensten Fortschrittes“. Dieser trat ein für „das Festhalten an der sozialen Demokratie, sodann an den Interessen des Humanismus, des weitem und engern Vaterlandes in politischer Beziehung und an der Lage der Festung insbesondere“ (S. 196). Mit Nachdruck betont Braun, bei diesem Club habe es sich nicht, wie teilweise in der Literatur behauptet, um einen Wohlfahrtsausschuss gehandelt, der gleichsam ein neues Terrorregime habe errichten wollen, vielmehr sei es diesem Verein lediglich um „eine ehrenvolle Übergabe der Festung Rastatt“ (S. 197) gegangen. Genauso verteidigt Braun Elsenhans gegenüber dem Vorwurf, Elsenhans habe durch seine Artikel im „Festungs-Boten“ einen regelrechten Terrorismus befürwortet. Zwar sprach Elsenhans von „der Schärfe des Schwertes“, „alles opfern“ und

„Terrorismus“ (S. 197). Diese Worte waren jedoch nichts anderes „als ein aus der tiefen Verzweiflung über die aussichtslose Lage geborener Appell, standhaft zu bleiben“ (S. 197). Kurz nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels kapitulierte die Festung Rastatt. Elsenhans wurde nunmehr durch ein preußisches Standgericht zum Tode verurteilt. Braun zeigt auf, dass das gesamte Verfahren ohne Berücksichtigung rechtsstaatlicher Prinzipien erfolgte, auch ist ein Todesurteil unverständlich, da Elsenhans als Zivilist nicht an Kampfhandlungen teilnahm. Die Exekution muss schließlich als nahezu bestialisch bezeichnet werden.

Die Brutalität im Vorgehen gegen Elsenhans ist nach Braun nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Elsenhans nicht nur für „eine liberal verfasste Republik“ (S. 201) eintrat, sondern bei ihm auch frühsozialistisches Gedankengut eine wesentliche Rolle spielte. So war Elsenhans der Überzeugung, „dass eine Teilhabe aller Bürger am demokratischen Prozess nur möglich ist, wenn die sozialen Gegensätze innerhalb einer Gesellschaft nicht zu weit auseinanderklaffen“ (S. 203). In gleicher Weise trat Elsenhans gegen Eroberungskriege ein und sprach in seinen Artikeln Soldaten das Recht zu, Befehle zu verweigern, wenn diese rechtswidrig waren.

In vielerlei Hinsicht, so die Bilanz von Braun, ist Elsenhans ein Vordenker eines Demokratie-modells, wie wir es heute in der Bundesrepublik haben. Bedauerlicherweise ist es jedoch – Braun zeigt dies am Beispiel einer gescheiterten Schulbenennung in Rastatt auf – immer noch schwer, an Menschen wie Elsenhans zu erinnern, die in ihrer Zeit politisch weit links standen und zudem noch Atheisten waren.

Die Autoren legen einen lesenswerten Sammelband vor; die Zeitschrift wird ihrem Anspruch, die historische Forschungsdiskussion weiter voranzutreiben, ohne Zweifel gerecht.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Ewald Grothe (Hrsg.): Die Abgeordneten der kurhessischen Ständeversammlungen 1830-1866.

Marburg: Historische Kommission für Hessen, 2016 (= Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, Band 43; Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Band 48,13), 170 S., Porträts, ISBN: 978-3-923150-63-2



Als das Kurfürstentum Hessen 1831 eine Verfassung erhielt, galt diese mit lediglich einer Kammer als die progressivste Verfassung in den Staaten des Deutschen Bundes. Gleichzeitig kam es zum Erlass eines Wahlgesetzes, gemäß dem das aktive Wahlrecht an einen Zensus gebunden war und die Wahl indirekt erfolgte; „das passive Wahlrecht war hingegen für ein Drittel der Deputierten sogar völlig frei“ (S. XI). Im Zuge der Revolution von 1848/49 kam es zu einer Demokratisierung des Wahlrechts, die jedoch in der Reaktionsdekade 1852 wieder rückgängig gemacht wurde. Auch erhielt Hessen-Kassel 1852 eine neue Verfassung. Das Land verfügte nunmehr, wie die meisten deutschen Staaten, über ein Parlament mit zwei Kammern. Am Beginn der 1860er Jahre kam es zur erneuten Verfassungsreform. So erfolgte 1860 im Zuge der Neuen Ära eine Demokratisierung des Wahlrechts, während das Zweikammersystem jedoch noch beibehalten wurde. Entsprechend dem Wunsch Österreichs und Preußens kehrte das Kurfürstentum al-

lerdings 1862 zu seiner ursprünglichen Verfassung aus dem Jahr 1831 zurück, gleichzeitig wurde das Wahlrecht von 1849 wiederhergestellt.

Während die historische Forschung über die Verfassungsentwicklung und auch über die Landtagsdebatten (diese wurden von Beginn an im Druck herausgegeben) sehr gut informiert ist, ist umso weniger über zahlreiche Abgeordnete dieser Jahre bekannt. Dies hängt freilich damit zusammen, dass man für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts von einem „Protoparlamentarismus“ (S. VII) sprechen muss. Mit Recht betont Grothe, wie einfach die damaligen Verhältnisse waren: eine auf ein Minimum reduzierte Landtagsverwaltung, überaus provisorisch wirkende Tagungsorte – und auch keine Parlamentshandbücher, in denen die Abgeordneten Angaben zu ihrer Person machten. Überhaupt etablierten sich Parlamentshandbücher erst an der Wende zum 20. Jahrhundert. Dementsprechend ist es überaus schwierig, sozialgeschichtliche Aussagen über die Zusammensetzung der frühen Landtage zu treffen. – An Hand einiger Zitate, u. a. von Wilhelm Grimm, zeigt Grothe auf, welch buntes Bild der kurhessische Landtag während seines Bestehens bot. So finden sich im Landtag gleichermaßen die Prinzen des Hauses Hessen in Generalsuniformen und die Brust mit Orden bedeckt, ihnen saßen oft einfache Bürgermeister aus kleinen Landgemeinden gegenüber, die unrasiert und in ihrer jeweiligen Tracht im Landtag erschienen und nach Meinung von Grimm wie auch des Theologen August Vilmar drohten, durch ihr plumpes Auftreten die Anliegen der Volksvertreter lächerlich zu machen.

Gerade die Biographien dieser Abgeordneten sind es, wie Grothe betont, wert einmal recherchiert zu werden – was natürlich entsprechend schwierig ist, gerade dann, wenn bäuerliche Abgeordnete vielleicht gerade ein einziges Mal in den Landtag gewählt wurden.

In der vorliegenden Zusammenstellung hat Grothe die Biographien von 525 Abgeordneten der Jahre 1830-1866 recherchiert. Dabei hat der Bearbeiter die Mitglieder des konstituierenden Landtages 1815/1816 – damals scheiterte der Erlass der Verfassung an der fehlenden Zustimmung des Landesherrn – jedoch nicht mit einbezogen. Dagegen werden die Mitglieder des konstituierenden Landtages, der von Herbst 1830 bis Januar 1831 tagte, aufgeführt. Genauso hat Grothe die Biographien von Abgeordneten erfasst, die sich zwar bei den Wahlen durchsetzen konnten, deren Legitimation durch den Wahlprüfungsausschuss jedoch nicht anerkannt wurde. In gleicher Weise wurden Abgeordnete aufgelistet, denen nach erfolgreicher Wahl aufgrund ihrer oppositionellen Haltung seitens des Kurfürsten die Teilnahme am Landtag verweigert wurde, d.h. sie erhielten als Beamte während der Landtagssession keinen Urlaub. Schließlich haben auch die Landtagskommissare, die im Auftrag der Regierung Gesetze vorlegten, die Landtagsverhandlungen verfolgten und den Landtag gegebenenfalls vertagten oder auflösten, Eingang in das vorliegende Verzeichnis gefunden.

Soweit möglich, führt Grothe Geburtstag und Geburtsort genauso wie Sterbedatum und Sterbeort auf, außerdem die Namen von Eltern, den Beruf des Vaters sowie die genauen Lebensdaten der Ehegattin. Außerdem wurden im Rahmen der Möglichkeiten berufliche Karriere und die Jahre der Mitgliedschaft im hessischen Landtag, einschließlich Wahlkreis bzw. Wahlgremium erfasst. Eine Zuordnung jedes einzelnen Abgeordneten zu einer Partei, die Entwicklung von Fraktionen bzw. Parteien steckte ja noch in den Anfängen, ist nicht möglich; bei Parlamentariern, deren politischer Standort bekannt ist, verweist Grothe auf deren konservative, (national)liberale oder demokratische Gesinnung.

Abschließend enthält jede Biographie den Hinweis auf einschlägige Literatur sowie die von Grothe konsultierten Archive. Hierbei wurden insbesondere die im Staatsarchiv Marburg zu den Abgeordneten greifbaren Unterlagen vollständig ausgewertet und aufgeführt.

Ewald Grothe kann beanspruchen, in gleichermaßen mühevoller wie verdienstvoller Arbeit (mit Vorarbeiten nahmen die Recherchen 25 Jahre in Anspruch) eine wichtige Grundlage für weiterführende sozialhistorische Forschungen zur Geschichte des kurhessischen Landtages geschaffen zu haben.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Thomas Biebricher (Hrsg.): Der Staat des Neoliberalismus.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2016, 285 S., ISBN: 978-3-8487-3256-2



Thomas Biebricher, derzeit an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main lehrender Politikwissenschaftler mit dem Forschungsschwerpunkt „Die politische Theorie des Neoliberalismus“, versammelt als Herausgeber in dem Band „Der Staat des Neoliberalismus“ eine bunte Schar zu eben diesem Thema – sowohl im Hinblick auf die Inhalte der Beiträge, als auch bei den Autor\*innen. Er will sich mit der Zusammenstellung dieser Beiträge dem Staatsverständnis des (Neo-) Liberalismus nähern oder vielmehr den Staatsverständnissen. In seiner Einleitung nennt er Neoliberalismus und Staat „ziemlich beste Feinde“ und arbeitet heraus, dass zwar Märkte und der Glaube an die Effizienz von freien Märkten im Fokus des Neoliberalismus stehen, aber der Staat sein „neuralgischer Punkt“ ist, weil er ohne ihn nicht existieren kann und er sich genau deswegen staatskritisch kontinuierlich an ihm „abarbeitet“.

Der Staat ist ein beständiger Irritationsfaktor für den „real existierenden Liberalismus“, aber zugleich notwendige Bedingung zur Durchsetzung einer neoliberalen Agenda, die laut Biebricher in sich abwechselnden *Roll Back*- und *Roll Out*-Bewegungen erfolgt. Während ein *Roll Back* wie z. B. unter Margaret Thatcher oder Ronald Reagan auf Zurückdrängung des Staates und Deregulierung zielt, forciert ein *Roll Out* die Transformation der Staatlichkeit, indem gefragt wird, wie der Staat zum besseren Funktionieren von Märkten beitragen oder diese restrukturieren kann. Ein Beispiel dafür sind die moderaten Regulierungstendenzen des *New Public Management*. Biebricher betont, dass sich Neoliberale nicht der Phantasie der Abschaffung des Staates hingäben oder einen Minimalstaat forderten, sondern es ihnen um die Stärkung bestimmter Elemente des Staates und die Schwächung anderer gehe, um bestimmte Effekte zu erzielen, aber auch um die Entwicklung normativer Kriterien, die zur Bewertung staatlichen Handelns herangezogen werden können (S. 17). Dies gelte sowohl im theoretischen liberalen Diskurs als auch in der neoliberalen Praxis, was er durch Auswahl und Anordnung der Beiträge im Buch zu illustrieren versucht.

Zu diesem Zweck hat Biebricher den Band und die darin enthaltenen Aufsätze in drei Teile gegliedert: Im Abschnitt „Der Staat im neoliberalen Denken“ findet sich eine Rekonstruktion des Staatsverständnisses und seiner Entwicklung im Ordoliberalismus (Ralf Ptak), dem deutschen „Sonderweg“ des Neoliberalismus, Ausführungen zum Hayekschen Staatsbegriff mit dem für Liberale so zentralen Ideal des Rechtsstaats (Raymond Plant) und eine Darstellung des Staatsverständnisses von James Buchanan, die zugleich Einordnung und Abgrenzung vom Neoliberalismus ist (Reinhard Zintl). Dabei sticht insbesondere der zuletzt genannte Beitrag heraus, da Buchanans theoretische Überlegungen und Schlussfolgerungen durch den Autor sehr kompakt und „auf den Punkt“ formuliert werden. Zugleich wird präzise herausgearbeitet, inwiefern Buchanans Staatsverständnis ein liberales ist, wo es darüber hinausgeht und wo Buchanan argumentative Schwächen hat. In diesem ersten Teil gelingt es zu zeigen, dass es im neoliberalen Denken ein breites und nicht widerspruchsfreies Spektrum an staatstheoretischen Zugängen und Konstruktionen gibt.

Der zweite Abschnitt, „Die Analyse des neoliberalen Staates“, wendet sich dem Staat im „real existierenden Neoliberalismus“ zu – mit Beiträgen, die als Versuche einer (teilweisen) Genealogie neoliberaler Staaten verstanden werden können. Der erste Beitrag (Bob Jessop) in diesem Teil kreist um das „Paradox des Neoliberalismus“ – der Neoliberalismus tritt für die Dominanz der Logik des Tauschwertes ein, ist aber selbst weitgehend gerade nicht das Produkt von Marktkräften, sondern von politischen Kräften – und versucht sich an einer Herausarbeitung von idealtypischen neoliberalen Staatstypen. Der zweite Beitrag (Birgit Sauer) „schlägt“ beim Lesen der Überschrift, „Neoliberalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterkritische Überlegungen“ und bei der Ankündigung eines feministisch-materialistischen Staatskonzepts zunächst „aus der Art“. Die Autorin, bezeichnenderweise die einzige Frau unter den im Buch Vertretenen, arbeitet aber auf überzeugende Weise heraus, dass Neoliberalisierung einen Umbau des Staates bedeutet, der auf unterschiedliche Weise und in verschiedene Richtungen auch die Geschlechterverhältnisse beeinflusst. Es wird deutlich, dass zwar die neoliberale staatliche Transformation nicht in Richtung Geschlechtergerechtigkeit weist und in vielfacher Hinsicht ein männlich dominiertes Projekt ist, der (Neo-)Liberalismus aber zugleich eine Auflösung hierarchischer heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit bewirkt. Der dritte Beitrag (Loïc Wacquant) zeigt unter der Überschrift des „neoliberalen Leviathans“ deutliche Einflüsse Foucaultscher Denkmuster und -traditionen und versteht den Neoliberalismus „als komplexe, wenngleich asymmetrische Regulationsweise, die den Staat dafür einspannt, seinen Bürgern so weitgehend wie möglich marktförmiges Verhalten aufzunötigen“ (S. 183). Spätestens mit diesem Beitrag deutet sich die zunächst nicht klar erkennbare Tendenz des Buches an, Beiträge zu versammeln, die implizit oder explizit den Neoliberalismus und seine Auswirkungen kritisieren – nicht plump, sondern argumentativ untersetzt, aber in der Gesamtschau unausgewogen. Eine noch breitere Auswahl unter den Autor\*innen, bei denen z.B. der Ordoliberalismus nicht nur als überholter Ansatz gewürdigt wird, hätte dem Band gut getan und wäre seinem Titel besser gerecht geworden.

Dieser Eindruck verstärkt sich im dritten Teil, „Der Staat in der neoliberalen Praxis“, bei dem die realen und vermeintlichen negativen Folgen des neoliberalen „Projekts“ auf Staat und Gesellschaft an konkreten Beispielen herausgearbeitet werden. Den Anfang macht eine Darstellung der Governance-Formen in Großbritannien anhand einer Fallstudie zur Übertragung von Glasgower Sozialwohnungen aus öffentlicher Hand in den dritten Sektor (Mark Bevir/Kim McKee). Der zweite Beitrag (Jamie Peck) wirft einen Blick auf die kommunale Ebene der USA – ausgehend von der fiskalischen Krise vieler Kommunen seit 2007/2008, auf die mit einer Politik der permanenten Austerität reagiert wurde. Der Autor arbeitet heraus, dass defizitäre Haushalte systematisch konservative und staatskritische Kräfte stärken. Diese Analyse ist auch für weniger austeritätskritische Leser\*innen lohnenswert, weil sich dadurch bestimmte, in Europa nur „aus der Entfernung“ und zum Teil mit Unverständnis wahrgenommene Politik- und Debattenmuster in den USA sowie die spezifische US-amerikanische Politikwahl schlüssig erklären. Der letzte Beitrag (Jens Wissel) beschreibt die EU als neoliberales Staatsprojekt und nimmt mit dem Titel „Autoritärer Wettbewerbsetatismus. Dynamiken der ‚marktkonformen Demokratie‘ in Europa“ die Wertung schon vorweg, wenngleich die Analyse aktueller Tendenzen des autoritären Etatismus in Europa auch den Liberalen zu denken geben sollte, wenn sie ihr „Projekt“ nicht scheitern sehen wollen.

Trotz der bereits erwähnten Unausgewogenheit gelingt es Biebricher, mit der Auswahl der Texte seine These von den „ziemlich besten Feinden“ zu untermauern, und es tritt eine Erkenntnis klar hervor: Ohne Staat kein (Neo-)Liberalismus, sowohl theoretisch als auch praktisch.

Dresden

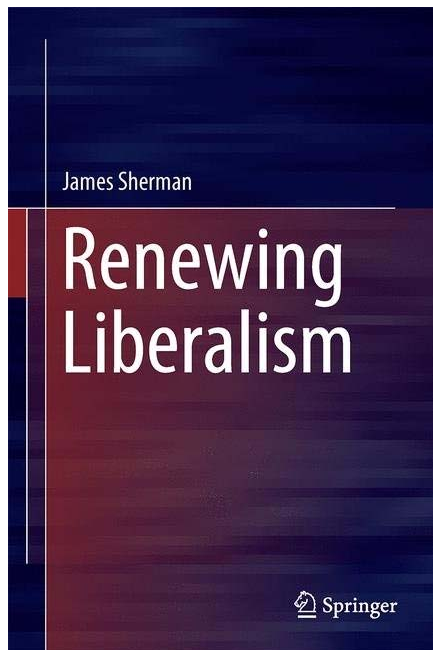
Jana Licht



## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

**James A. Sherman: Renewing Liberalism.**

Schweiz: Springer, 2016, 516 S., ISBN: 978-3-319-28276-3



Mit seiner ersten Monografie hat sich der junge Philosoph James A. Sherman nicht weniger vorgenommen, als den Liberalismus zu erneuern. „Renewing Liberalism“ begann er als seine Dissertationsschrift am Department of Philosophy der University of Texas, die er 2011 mit einem PhD verließ, um als Postdoc am Trinity College der University of Toronto Politische Philosophie, Rechtsphilosophie und Ethik zu lehren. Das Buch erweist sich dann auch als ein zwischen Philosophie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Anthropologie und zum Teil stark formalisierter Entscheidungslehre breit angelegtes theoretisches Werk, das zwar auch von Nicht-Philosoph\*innen verstanden und durchgearbeitet werden kann, ihren philosophischen und sozialwissenschaftlichen Vorkenntnissen sowie ihrer Geduld aber viel abverlangt, um Schritt für Schritt die Entwicklung von Shermans Theoriegebäude nachvollziehen zu können. Der Gewinn aus der Lektüre ist für die Leser\*innen auch mehr theoretischer Natur, als dass sie Bezüge zur politisch-gesellschaftlichen liberalen Realität aufweisen würde.

Sherman entwickelt – mit Anleihen bei anderen Denker\*innen – eine eigene Theorie des politischen Liberalismus mit dem Ziel, ein zeitgenössisches, progressives und pluralistisches Verständnis des Liberalismus in die aristotelische Denktradition einzuordnen. Sich Ansätze und Erkenntnisse der verschiedensten oben genannten Disziplinen bedienend, legt er zunächst eine Theorie der Autonomie vor, die er als die Fähigkeit versteht, das Vermögen zur Planung des eigenen Lebens durch das Abwägen und Wählen von Zielen auszuleben. Daraus entwickelt er eine „messbare“ Theorie der Freiheit (*freedom*), die bedeutet, die eigene Autonomie zu entwickeln und auszuüben, indem man auswählt, welchen Lebensweg man bei einer Vielzahl von Möglichkeiten einschlägt. Daraus resultiert Shermans Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, die die Gleichverteilung von (Handlungs-)Freiheit (*liberty*) im Sinne der Ausübung von Autonomie fordert. Diesen Ansatz nennt er *Equal Liberty*. Auf dieser Grundlage entwickelt er eine Theorie staatlicher Autorität bzw. Rechtfertigung von Staatstätigkeit, um die Zielsetzungen der *Equal Liberty* zu erreichen, zu erhalten und zu sichern – worin er zugleich die Grenzen staatlicher Autorität ausmacht. Staatliche Intervention sei nur insoweit gerechtfertigt, als sie den Zielsetzungen der *Equal Liberty* dient. Shermans Ziel ist es, eine widerspruchsfreie und umfassende theoretische Grundlage für Politiken zur Erreichung sozialer Gerechtigkeit auch im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit vorzulegen, die zugleich liberal ist – vor dem Hintergrund der Frage, was für den Einzelnen ein „gutes Leben“ im aristotelischen Sinn ist.

Sherman hat den Anspruch, ein umfassendes und abschließendes Theoriegebäude zu errichten. Er schürft dabei tief und gründlich: Bereits bestehende Ansätze werden dargestellt und bewertet, mögliche Einwände werden begründet und entkräftet, und er versucht, wissend um die Größe seines Vorhabens, die Leser\*innen „mitzunehmen“, indem er immer wieder auf die oben dargelegten Schritte zurückkommt und das eben Gelesene einordnet. Die

Lektüre erweist sich dennoch als anstrengend und langwierig. – Zusammenfassungen am Ende eines jeden Kapitels hätten es erleichtert, den Gedankengängen Shermans zu folgen. An einigen Stellen kann einen der Eindruck beschleichen, dass es dem Autor vor allem um die Darstellung der eigenen intellektuellen Größe geht. Leser\*innen sollen beeindruckt sein von der Breite und Tiefe der aufgegriffenen theoretischen Ansätze. Unverkennbar ist das Buch die Bewerbung für höhere akademische Weihen. Schon die ersten Sätze des Umschlagtextes versprechen Großes: „*This book develops an original and comprehensive theory of political liberalism. It defends bold new accounts of the nature of autonomy an individual liberty, the content of distributive justice, and the justification for the authority of the State.*“ Diesem Anspruch gerecht zu werden, dürfte sich selbst für den akademisch versiertesten Philosophen als schwierig erweisen. Leser\*innen müssen nach so einer Ankündigung fast schon zwangsläufig enttäuscht werden, weshalb es wohl auch der ständigen Erinnerung an die Größe des Vorhabens durch den Autor bedarf.

Insofern kann die Frage, ob das von Sherman vorgelegte Werk nun wirklich eine Erneuerung des Liberalismus darstellt, dahingestellt bleiben. Sein Theoriegebäude ist in sich konsistent und zweifelsohne liberal, da er konsequent vom Individuum und seiner Autonomie aus denkt. Er rechtfertigt nicht nur Staatstätigkeit auf einer theoretischen Basis, sondern zeigt zugleich auch ihre Grenzen auf, womit er ein genuin liberales Staatsverständnis entwickelt. Er versucht sich an dem Unterfangen, innerhalb eines solchen liberalen Theoriegebäudes soziale Gerechtigkeit widerspruchsfrei zu definieren und als politisches Handlungsziel herauszuarbeiten. Hierbei wird er bei eher libertären Kritiker\*innen an Grenzen stoßen – ebenso wie mit dem Wunsch, eine Theorie in aristotelischer Denktradition mit dem Ziel eines guten Lebens zu entwickeln. Ob es einer Integration des politischen Liberalismus in diese bedurft hätte, um den Liberalismus zu „erneuern“, kann bezweifelt werden. Vor allem handelte es sich für den Autor wohl um eine akademische Denkherausforderung. Es bleibt abzuwarten, wie fruchtbar seine Theorie für die von Sherman angekündigte Ableitung von konkreten Politiken tatsächlich sein wird.

Dresden

Jana Licht

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

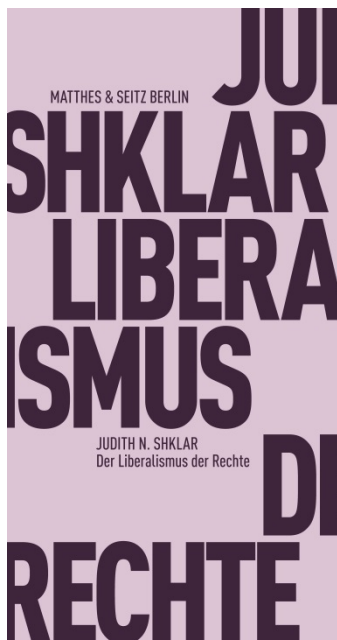
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

**Judith N. Shklar: Der Liberalismus der Rechte. hrsg. von Hannes Bajohr.**

Berlin: Matthes & Seitz, 2017, 204 S., ISBN: 978-3-95757-241-7



Der junge Philosoph, Übersetzer und Schriftsteller Hannes Bajohr legt mit dem kleinen Band vier von ihm und Dirk Höfer erstmals übersetzte Texte der US-amerikanischen Politologin und Philosophin Judith Nisse Shklar (1928–1992) vor, die als Einführung in und Schlüssel zu ihrem Werk gelesen werden können. Hierzulande noch weitestgehend unbekannt, ist ihr „Liberalismus der Furcht“ im englischsprachigen Raum längst ein Klassiker und Schlüsseltext der Liberalismustheorie. Die nun erschienenen vier Aufsätze aus den 1980er Jahren geben einen Einblick in die von ihr trennscharf herausgearbeiteten unterschiedlichen Spielarten des Liberalismus und der jeweiligen Rolle der Rechte in ihnen. Ihre Darlegungen sind klar und verständlich; die Übersetzung nimmt ihnen nichts von ihrer Prägnanz und Strukturiertheit. Für eine\*n in der liberalen politischen Philosophie und Ideengeschichte bewanderte\*n Leser\*in liest sich das Büchlein genauso erhellend und zugleich flüssig wie für jemanden, dessen Schwerpunkt bisher nicht die Rechtstheorie war. Der genuin neue Beitrag von Shklar zur politischen Theorie des Liberalismus in Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Geschichte seit der Unabhängigkeitserklärung tritt klar hervor und

erscheint aktueller denn je. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man weiß, dass Shklar keine gebürtige US-Amerikanerin war, sondern eine jüdische Lettin und Tochter eines Zionisten, deren Familie Ende der 1930er Jahre vor den Nationalsozialisten geflohen war. Bedauerlich ist nur, dass oft von „amerikanisch“ die Rede ist, wenn „US-amerikanisch“ gemeint ist. Auch wenn diese Begriffe im englisch- und deutschsprachigen Raum synonym verwendet werden, so wäre doch gerade bei Texten, die für eine Erweiterung des eurozentrischen Fokus in der politischen Philosophie plädieren, ein Signal, dass man auch um die Existenz eines „anderen“ Amerika weiß, wünschenswert gewesen.

In einem Vorwort führt Bajohr hin zu Shklars „Liberalismen“ und ihrer Abgrenzung nach dem jeweils höchsten gesellschaftlichen Wert oder Unwert als Ordnungskriterium. Er umreißt, was die Leser\*innen der folgenden Vorträge und Essays erwartet und ordnet diese knapp historisch ein. Er arbeitet überblicksartig die Idee politischer Rechte heraus, die der Beitrag der Epoche in den USA seit der amerikanischen Revolution zur philosophisch-politischen Denktradition sind. Es wird deutlich, dass Shklar Politik und Rechte nicht als getrennte Sphären versteht und rezipiert, sondern sie ein Kontinuum bilden, das die gesellschaftliche Realität und Entwicklung bestimmt. Die Beantwortung der Frage, warum US-Amerikaner Rechte für so wichtig halten und jede politische Auseinandersetzung in eine über Rechte mündet, erweitert den Horizont, der/des an europäische Denktraditionen gewöhnten Leser\*in\*s und ermöglicht eine neue Systematisierung von und Auseinandersetzung mit europäischen Vordenkern des Liberalismus.

Der anschließende Vortrag Shklars „Rechte in der liberalen Tradition“ liest sich wie ein Leitfaden durch ihr Rechts- und Liberalismusverständnis. Er geht vom Kern des liberalen Geistes aus, der Überzeugung, dass menschliche Würde persönliche Gedanken- und Handlungsfreiheit verlangt, und zielt, ausgehend von der Erkenntnis, dass politische Freiheit wesentli-

che Bedingung für alle anderen Freiheiten ist, auf die Vielzahl der Traditionen von liberaler Politik ab. Shklar führt einleuchtend und überzeugend durch ihre Unterscheidung in den Liberalismus der individuellen Selbstentwicklung, den Liberalismus der Herrschaft des Gesetzes (rule of law) bzw. der Rechtssicherheit, den für ihr Werk so zentralen Liberalismus der Furcht und den für die liberale politische Philosophie bedeutenden Liberalismus der Rechte, der in den USA entwickelt wurde und für den Isaiah Berlins Unterscheidung zwischen negativer und positiver Freiheit unerheblich ist.

Im nächsten Text beantwortet Shklar die Frage, warum US-Amerikaner Rechte für so wichtig halten und arbeitet durch Auseinandersetzung mit der „Idee der Rechte in der Frühphase der amerikanischen Republik“ heraus, dass die Rechtsgeschichte der USA für das Verständnis moderner Rechte und moderner Staatsbürgerschaft zentral ist. Nach ihrem Verständnis sind das Bewusstsein für die Sklaverei sowie der Kampf dagegen konstituierendes Element für das US-amerikanische Rechtsverständnis, weil durch die Existenz von Sklaverei in einem modernen Staat der Kontrast zur Freiheit klar hervortritt.

In „Politische Theorie und die Herrschaft des Gesetzes“ differenziert Shklar die zwei unterschiedlichen „Archetypen“ der Herrschaft des Gesetzes voneinander, indem sie Aristoteles und Montesquieu jeweils als die Paten einer Herrschaft des Gesetzes in Bezug auf eine ganze Lebensweise, als Herrschaft der Vernunft, und einer Herrschaft des Gesetzes als jene institutionelle Beschränkungen, die Regierungsvertreter davon abhalten, den Rest der Gesellschaft zu unterdrücken, einführt. Anhand aktueller Adaptionen der Herrschaft des Gesetzes, u. a. von Friedrich August von Hayek, arbeitet sie die heutige Bedeutung der Herrschaft des Gesetzes in der politischen Theorie heraus.

Der Aufsatz „Positive Freiheit und negative Freiheit in den Vereinigten Staaten“ sollte von all jenen gelesen werden, die sich gerade wieder an diesen Begriffen abarbeiten, sie zu überwinden oder den Liberalismus auf eines von beidem zu beschränken versuchen. In Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sklaverei und dem Abolitionismus zeigt Shklar, dass diese Unterscheidung für die Geschichte des politischen Denkens in den USA, in dessen Mittelpunkt die Idee der Rechte steht, unerheblich ist. Die Rechte sind in den USA das Resultat einer Freiheitsgeschichte, die stets vor dem Hintergrund der Sklaverei verstanden werden muss. Rechte sind in Shklars Verständnis nicht nur Akte der Befreiung, sondern Freiheit selbst. Sie sind ein fortwährender, endloser gesellschaftlicher Prozess, eine politische Lebensweise. Daraus folgernd skizziert Shklar das „Drama der Freiheit“ in den USA als Suche nach einer politischen Situation, in der Gerechtigkeit und Freiheit nicht voneinander zu trennen sind. Und solange diese Utopie nicht Wirklichkeit ist, bestehe politische Freiheit immer in der Einforderung von Rechten.

Dieser Text, der geschickt an den Schluss gesetzt wurde, lässt die Forderung, die aus Shklars Denken resultiert, hervortreten: Rechte sind nicht gegeben, sondern müssen immerfort erkämpft, es muss um sie gerungen werden. Genau darin zeigt sich der Wert der Freiheit. Das ist die zentrale Erkenntnis aus Shklars „Liberalismus der Rechte“, die vieles erklärt, was einer\*in europäischen Beobachter\*in an der US-amerikanischen politischen und Rechtskultur zunächst befremdlich erscheinen mag, aber zugleich die Frage aufwirft, was Shklar wohl zu den aktuellen Entwicklungen in den USA sagen würde. Ihre Einsichten beschränken sich aber nicht nur auf die USA, sondern bereichern und erweitern europäische Denktraditionen und können auch heute Ansatzpunkte liefern, Gräben in den theoretischen liberalen Disputen zu überwinden. Es ist zu hoffen, dass Judith N. Shklar auch hier größeres Gehör finden und ihr Beitrag zur politischen Theorie des Liberalismus gewürdigt wird. Das vorliegende Büchlein trägt in der Auswahl und Anordnung der Texte, der Einführung Bajohrs und seiner Übersetzung dazu bei.

Dresden

Jana Licht

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

**Ewald Grothe / Jürgen Frölich / Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Liberalismus-Forschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven.**

Baden-Baden: Nomos Verlag 2016, 214 S., ISBN: 978-3-8487-3035-3



Wir alle haben unterschiedliche Wahrnehmungen. Meine Wahrnehmung ist zum Beispiel, dass die Geschichte des deutschen Liberalismus relativ gut und lange in der ehemaligen Bundesrepublik erforscht worden ist. Ja mehr noch: dass die Erforschung des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert auch und vor allem eine legitimatorische Funktion für das neue, im Entstehen begriffene Staatsgebilde ‚Bundesrepublik‘ besaß und daher auch so intensiv betrieben wurde. Als Student der 1970er/80er Jahre wurde man im Westen mit den Liberalismus-Studien von Lothar Gall aus der Schieder-Schule regelrecht traktiert. Die Herausgeber des hier anzuzeigenden Tagungsbandes Ewald Grothe und Wolther von Kieseritzky teilen diese Wahrnehmung nicht. Ihre Einleitung ist ein einziges Klagelied über den ach so sehr vernachlässigten „Liberalismus als historisches Forschungsthema“. Die beiden letzten großen Monographien stammten von James Sheehan („Der deutsche Liberalismus“, 1978/83) und Dieter Langewiesche („Liberalismus in Deutschland“, 1988) und danach sei die Libera-

lismus-Forschung erlahmt und habe den Anschluss an neue Themen wie z.B. die so wichtige „Genderforschung“ verpasst. Das voluminöse und differenzierte Werk von Jörn Leonhard „Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters“ aus dem Jahre 2001 wird noch als Beleg für die relativ gute Erforschung des Liberalismus im 19. Jahrhundert erwähnt, aber im Großen und Ganzen herrscht Trauerstimmung. In der Tat, muss man sagen, stockt die Liberalismus-Forschung, was das 20. Jahrhundert betrifft. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass der Liberalismus in eben jener Zeit zum Allgemeingut geworden ist, viel weniger eine tragende, klar konturierte und emanzipatorische Bewegung war als er dies zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch war. Dies mag man beklagen und auch für veränderungs- und verbesserungswürdig erachten. Historisch erklären lässt es sich allemal. Die Herausgeber machen einige wichtige Anregungen, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann, für den „Forschungsfortgang“ (S. 24) vor allem im 20. Jahrhundert. Sie laufen allesamt mehr oder weniger auf eine rankeanische Sichtweise hinaus, die „Möglichkeiten und Grenzen von Idee und Praxis liberalen Denkens“ gerade für die wichtigen Zäsuren von 1930/33 und 1945 „vor dem Zeithintergrund angemessen“ zu würdigen. Ob dies der Königsweg historischen Verstehens und Erklärens ist, mag dahin gestellt sein, man darf es durchaus in Zweifel ziehen - gerade angesichts dieser Zäsuren, die sich „angemessen“ wohl nur im Spannungsfeld von „Erfahrungsraum und Erwartungshorizont“ (Koselleck), also zwischen Vergangenheitsorientierung und Gegenwartsbezug, erfassen lassen.

Der Sammelband ist in zwei thematische Blöcke geteilt: Zuerst geht es um die „Problemfelder historischer-Liberalismus-Forschung“ und sodann um die „Liberalismus-Forschung im Kontext aktueller historiographischer Entwicklungen“. Vorgeschaltet ist ein Beitrag von Jürgen Frölich, dem Initiator und Mitgründer des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“, dessen 25jähriges Bestehen - der eigentliche Anlass der Tagung von 2013 - in einer ersten Bestandsaufnahme bilanziert wird - mit dem Schluss, dass sich die Liberalismus-Forschung in

jedem Falle „darin gespiegelt“ habe (S. 44). Das erste Problemfeld reißt der Frankfurter Historiker Andreas Fahrmeir mit „Liberalismus und Partizipation im 19. Jahrhundert“ auf. Nach einem Rundumblick auf die diesbezüglichen Forschungen der letzten 25 Jahre gelangt Fahrmeir zu dem Ergebnis, dass es einerseits eine auf diese Fragestellung bezogene „Problemgeschichte gar nicht gibt“; andererseits bestünde aber auch „kein Grund“ dafür „anzunehmen, dass die Forschungen zum Liberalismus im 19. Jahrhundert in einer Krise sind“ (S. 70). Die „klassischen Liberalismus-Forschungen“ würden weiter betrieben (wie etwa die umfassende Theoriestudie von Klaus von Beyme von 2013 zeigt), und die neueren kulturgeschichtlichen Arbeiten böten noch viel Stoff und Anregungen. Frank Möller geht sodann der Beziehung zwischen „Liberalismus und Bürgertum“, d.h. dem „Verhältnis zwischen einer politischen Idee und ihrer sozialen Basis“ nach (71). Sein Beitrag belegt sehr eindrucksvoll und mit großer Kenntnis, wie ausdifferenziert die sozialgeschichtliche Verortung des Liberalismus in den 1970er und 80er Jahren zwischen „Bielefeld“ und „Frankfurt“ betrieben wurde. Am Ende plädiert Möller für zwei Öffnungen, die so vor 25 Jahren offenbar nicht möglich waren: zum einen das klassengebundene Interesse des Liberalismus mit all seinen negativ-exkludierenden Effekten und zum anderen den Liberalismus im Umfeld anderer „bürgerlicher Ideologien“ und „Lager“ in den Blick zu nehmen. Der folgende Beitrag von Thomas Widera fällt ein wenig aus dem Rahmen, wenn er auch ein wichtiges und neues Thema, nämlich inwiefern man von Liberalismus bzw. einer dezidiert liberalen Partei in der ehemaligen DDR sprechen kann behandelt. Widera umreißt sein beim Hannah-Arendt-Institut angesiedeltes Forschungsprojekt „Die Liberaldemokratischen Partei Deutschlands als Blockpartei zwischen Mauerbau und Mauerfall 1961 bis 1989“, wobei er mehr Fragen als Antworten offeriert.

Den zweiten Teil des Tagungsbandes eröffnet der Hamburger Politikwissenschaftler Jens Hacke mit einem lautstarken Plädoyer für eine neue oder besser gesagt eine erneute „Liberalismusgeschichte als Ideengeschichte“, insbesondere für die Zeit von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart, um „Kontinuität und Wandel einer Ideologie“ auszuloten. Gewiss klafft hier eine empfindliche Lücke, die man aber nur à la longue durée angemessen schließen kann. Jede andere Vorgehensweise, die nach dem Ersten Weltkrieg erst einsetzt, muss zu kurz greifen. Zwei Kritikpunkte sind an dem Beitrag von Hacke anzubringen: Erstens sehe ich nirgendwo, „dass die Ideengeschichte der Demokratie mittlerweile die Forschungen zum Liberalismus in den Schatten stellt und die früher natürlich erscheinende Verbindung zwischen beiden gelockert hat“ (S. 125f.). Die Geschichte des Demokratismus in Deutschland ist bislang noch nicht geschrieben worden (auch nicht von Paul Nolte, der hier zitiert wird) - sie stand vielmehr und steht immer noch im Schatten der umfangreichen Liberalismus-Forschungen. Damit zusammen hängt der zweite Kritikpunkt: Hacke spricht häufig vom „demokratischen Liberalismus“ (z.B. S. 135) und verkennt wohl die Trennung bzw. Spaltung, die der Liberalismus seit dem Vormärz durchlaufen hat und die auch noch seine Geschichte in der Weimarer Republik (sichtbar in zwei unterschiedlichen ‚liberalen‘ Parteien, DVP und DDP) prägte. Der hier vorgeschlagene Ansatz läuft auf eine Vereinnahmung der demokratischen Ideen bzw. des Demokratismus durch den Liberalismus hinaus - die Demokraten des Vormärz und der 1848er-Revolution würden sich dafür bedanken! Man täte gut daran, zuerst einmal die Geschichte der Demokraten und der demokratischen Leitideen in Deutschland zu untersuchen - hier könnte man im 19. Jahrhundert einiges Neues entdecken, und danach wäre tatsächlich ein Vergleich mit den Liberalen und auch der liberalen Idee sinnvoll und ertragreich, und dies würde vielleicht auch zeigen, weshalb der Liberalismus spätestens im 20. Jahrhundert in eine Krise geraten ist, die man hier gerne wegetuschieren möchte. Sie hängt wesentlich mit seiner geringen ‚demokratischen‘ Anpassungsfähigkeit und -willigkeit zusammen.

Ein ganz anderes Feld macht Philipp Müller auf, indem er das Spannungsverhältnis von internationalem Wirtschaftsliberalismus und nationaler Machtpolitik im Spiegel der Forschung beleuchtet. Sehr kenntnisreich und reflektiert sichtet Müller kritisch die neuere Forschung mit Blick auf Arbeiten zu Westeuropa und den USA. Dabei wird deutlich, dass der Liberalismus immer auch als „eine von westlichen Staaten entworfene Rechtfertigungsideologie imperialis-

tischer Strategien“ (S.150) diene und im Fortgang des Spannungsverhältnisses zwischen Freihandel, Protektionismus und Kolonialismus zunehmend auch seinen eigenen Charakter veränderte. Am Ende steht der „Neoliberalismus“, der von einigen bereits nicht mehr als „liberal“, sondern vielmehr als „libertär“ bezeichnet wird. Müller hält es dagegen für „fruchtbarer, das Wechselverhältnis zwischen einer spannungsvollen liberalen Theorie und dem internationalen wie nationalen institutionellen Rahmen und der Versuche zu verfolgen, sie in die Praxis umzusetzen“ (S.175). Auf diesem Feld ist - vor allem auch nach der Finanzkrise von 2007/08 - noch Vieles herauszuholen, was zugleich auch ein Schlaglicht auf die Konsistenz und Wandelbarkeit der ‚liberalen Idee‘ werfen würde.

Der folgende Beitrag von Sylvia Heinemann gibt vor, „Liberalismus und Gender-Forschung“ darzulegen, tut es aber nicht, sondern wandelt noch in den alten Pfaden einer traditionellen Frauengeschichte, was auch daran liegt, dass es eben noch keine klar erkennbare Gender-Forschung zum Liberalismus im 20. Jahrhundert gibt. Bei der ständig wachsenden Zahl von Gender-Lehrstühlen in Deutschland verwundert dies ein wenig. So kann Frau Heinemann lediglich die wenigen, zum Teil noch ideologisch etwas verbohrteten Frauengeschichten nach 1945 aufzählen und sich primär mit der Quellenlage, die begreiflicherweise nicht sonderlich gut ist, befassen. Dass sie ausdrücklich aus frauengeschichtlicher Perspektive der These „von den 1950er Jahren als einer Zeit der ‚verpassten Chancen‘ der Frauen oder des ‚emanzipatorischen Stillstands‘“ widerspricht (S. 187), lässt ein wenig aufhorchen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Zeitgeschichtsforschung schon seit langem die 50er Jahre „nicht mehr als Zeiten einer bleiernen Restauration“ betrachtet.<sup>1</sup> Am Ende kann Frau Heinemann auf ihre eigene Arbeit, gemeint ist die Dissertation über „Die Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963“, verweisen, in der sie offenbar auch den männlichen Part zu Wort kommen ließ und damit die „Frage der Fremdwahrnehmung (sic!)“ beantwortet hat. Gendergeschichte sollte aber - denke ich - noch etwas weiter gehen und nicht die männliche ‚Fremd‘-Perspektive auf frauenpolitisches Engagement berücksichtigen, sondern Dimensionen des Politischen aus beider geschlechtlichem Blickwinkel - eben genderschichtlich - betrachten.

Den Tagungsband beschließt ein Beitrag des renommierten Tübinger Liberalismus-Forschers Dieter Langewiesche zum Problem: „Wie schreibt man künftig eine Geschichte des ‚Liberalismus in Deutschland‘“. Langewiesche bemüht zu Beginn eine Unterscheidung aus der aktuellen politischen Philosophie (J. Rawls u. M.C. Nussbaum) zwischen dem „umfassenden“ und dem „politischen“ Liberalismus. Warum er dies tut, leuchtet nicht ganz ein; denn diese Unterscheidung gehört zum historischen Grundbestand der deutschen Liberalismusgeschichte. Schon in Nipperdeys „Deutsche Geschichte“ von 1984 können wir lesen: „die Liberalen wollen sich nicht an konkrete gesellschaftliche Interessen binden, sondern hatten das allgemeine Interesse (der Eigentümer oder potentiellen Eigentümer) im Auge“ (S. 298). Das ist der sogenannte „umfassende Liberalismus“, der sich aus der Kantschen Vorstellung der freien städtbürgerlichen Gesellschaft selbständiger Hausväter speiste und in das frühliberale soziale Erwartungsmodell einer mittelständischen „klassenlosen Bürgergesellschaft“ (Gall) einging. Zugleich betonte Nipperdey jedoch ebenso: „Der Liberalismus war zuerst und zuletzt eine Verfassungsbewegung, das müssen wir, die wir so sehr auf gesellschaftliche Fragen fixiert sind, zur Kenntnis nehmen“ (Deutsche Geschichte, S. 297). Das ist der sogenannte „politische Liberalismus“, der den Nationalstaat als Rechts- und Verfassungsstaat anstrebt. Beide sind dem deutschen Liberalismus von Anfang an inhärent, und beide prägen seine Fortentwicklung: Indem der politische Liberalismus auf gesamtstaatlicher Ebene den umfassenden Liberalismus zunehmend verdrängt, verliert der Liberalismus als gesellschaftliche Bewegung sein konstitutives Merkmal, „auf das Wohl des Ganzen (zu) zielen“ und droht „in Parteien, die doch Vertreter ‚partikularer‘ Interessen sind, (zu) zerfallen“

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Georg Bollenbeck/Gerhard Kaiser (Hrsg.): Die janusköpfigen 50er Jahre. (= Kulturelle Moderne und Bildungsbürgerliche Semantik, Band 3). Wiesbaden 2000.

(ebd., S. 293). Dies ist das Grunddilemma des deutschen Liberalismus seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Der parteipolitische Aufstieg war ein gesamtgesellschaftlicher Abstieg. Langewiesche bringt dort tiefergehende Einsichten, wo es um den „kommunalen Liberalismus“ geht, den Liberalismus in den Städten und Kommunen. Hier nämlich hat sich der umfassende Liberalismus ungebrochen gehalten und konnte seinen zugleich politisch-illiberalen „ausgrenzenden Charakter“ mit dem Ideal von „Besitz als Voraussetzung für eine bürgerliche Lebensführung“ (S. 202) am reinsten, und zwar sozial-liberal ausbilden. So konstatiert Langewiesche am Ende eine gegenläufige Bewegung, indem der umfassende und der politische Liberalismus „bis zur ersten deutschen Republik als Antipoden“ auftraten, weil sie sich „in ihren Wertideen [...] im Widerspruch zueinander“ entwickelten (S. 204f.) - ein weiteres entscheidendes Grunddilemma, aus dem der deutsche Liberalismus bis heute nicht herausfindet. Zum Schluss seines Beitrages führt Langewiesche einige Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit der Geschichte des Liberalismus an, die er aus dem aktuellen Grundsatzprogramm der FDP - den „Karlsruher Freiheitsthesen“ von 2012 - herausliest und die hier nicht im einzelnen diskutiert werden können. Sie zeigen allemal, dass es immer noch einiges zu tun gibt - auf einem Gebiet, auf dem schon sehr viel getan wurde.

Jena

Klaus Ries

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

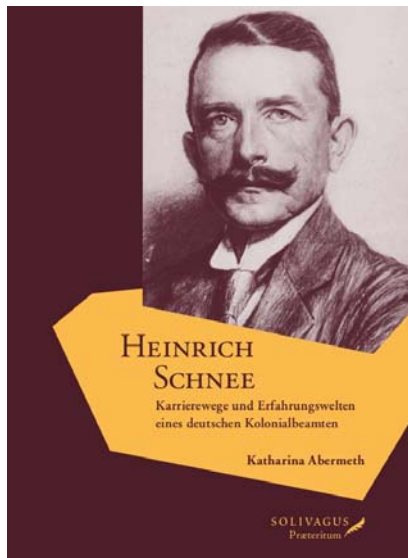




## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Katharina Abermeth: Heinrich Schnee, Karriereweg und Erfahrungswelten eines deutschen Kolonialbeamten.

Kiel: Solivagus Praeteritum, 2017, 531 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-9817079-4-6



Kolonialgeschichte umreisst nicht zuletzt seit der Fokussierung auf Postcolonial Studies ein weitgefächertes Forschungsgebiet. In Abermeths, auf Ihrer 2012 abgeschlossenen Dissertation basierenden Untersuchung des deutschen Kolonialbeamten, -publizisten und -politikers Heinrich Schnee ist es der biographische Ansatz, der nicht nur dessen bislang eher wenig berücksichtigte Person in den Fokus stellt, sondern der darüber hinaus „Erkenntnisse zu heimatlichen Vorgaben und kolonialer Realität, rechtlichen Rahmenbedingungen und konkreter Umsetzung im kolonialen Alltag“ (Seite 14 f.) erbringen soll. Schnees Zielsetzung, seine Urteile und Methoden betrachtet Abermeth dabei vor dem historischen Hintergrund und in Wechselwirkung mit äußeren Faktoren und Systemgegebenheiten, setzt sie in Beziehung zu denen anderer Kolonialbeamter und Vorgesetzter und strebt damit auch eine Untersuchung über Kontinuität und Wandel der deutschen Kolonialpolitik an.

Basierend auf der systematischen Auswertung des sehr umfangreichen Quellenmaterials, zeichnet sie akribisch die Karriere des ambitionierten Kolonialbeamten nach. Als ziviler Kolonialbeamter in Neuguinea, Samoa und zuletzt von 1912 bis zum Kriegsende als Gouverneur in Deutsch-Ostafrika, aber auch in der Kolonialbürokratie des Auswärtigen Amts und später als Leiter der Politischen und der Verwaltungsabteilung im Reichskolonialamt agierte er in verschiedenen Phasen deutscher Kolonialpolitik – im Übergang vom Experimentierfeld hin zur Eroberungs- bzw. Erschließungsphase und schließlich auch während der seit 1907 unter Staatssekretär Bernhard Dernburg einsetzenden Reformphase. Der sich letztlich bis in diese Reformzeit hinziehende Mangel an einer verbindlichen Grundlinie kolonialer Herrschaftspraxis und Verwaltungspolitik zeigte sich in der mangelnden fachlichen Vorbereitung der künftigen Kolonialbeamten, die außer ihrer – wie im Falle Schnees – meist juristischen oder militärischen Vorbildung nicht auf eine systematische Kolonialausbildung zurückgreifen konnten. Ohne Kenntnis von Sprache, gesellschaftlichen, kulturellen, klimatischen und geographischen Gegebenheiten gestaltete sich die Verwaltungsarbeit der Beamten primär im Rahmen eigener Erfahrungen oder bestenfalls der der Amtsvorgänger. Weitreichende, sehr divergierende Aufgabenbereiche, fehlende personelle Ausrüstung und fehlender administrativer Aufbau führten, gefördert durch die mangelhafte Kommunikationsmöglichkeit mit der Zentrale und fehlende Kontrollmechanismen; zwangsläufig zu Kompetenzakkumulation und zu einer stark personenbezogenen Ausrichtung der Kolonialverwaltung (S. 129, 132 f.).

Als fast allgemeingültiges Grundprinzip galt die Überzeugung von der Kolonisierung als Folge und förmlich moralisches und politisches Privileg einer (auch rassistisch als höherwertig betrachteten) technisch-industrialisierten Zivilisation. Auch Schnee vertrat wie weitgehend alle in den Kolonien eingesetzten Beamten diese Anschauung, was sich speziell in der frühen Phase seiner Tätigkeit durch demonstrative Härte und Sanktionsmaßnahmen, etwa im Rahmen von Strafexpeditionen, zeigte – gepaart mit „wirtschaftsegoistischen und nationalistischen Tendenzen“ (S. 491). Der sich in der Praxis darstellende Mangel an konkreten Richt-

linien bot nicht nur Nachteile sondern auch die Möglichkeit zu Handlungsspielräumen – sowohl in der Ausübung von Herrschaftsgewalt als auch in der Chance, den Kolonialdienst als Wirkungsfeld für landeskundliche Forschungen zu betrachten. Letzteres war speziell bei Schnee ein nicht zu unterschätzender Impuls für den Kolonialdienst. Nicht zuletzt hatte er unmittelbar nach seinem Assessorexamen im Zuge der Bewerbung in den (durchaus nicht prestigeträchtigen) Kolonialdienst Sprachstudien (Kiswaheli) am Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin unternommen – eine Tatsache, die keineswegs auf alle Kolonialbeamten dieser Zeit zutraf. Bereits seit Beginn seiner Kolonialtätigkeit beschäftigte er sich intensiv und laienwissenschaftlich mit der Sprache und den kulturellen Besonderheiten des zu kolonisierenden Landes; Kenntnisse über soziale Struktur und indigene Lebens- und Verhaltensweisen erschienen ihm dabei nicht nur als eine wichtige Voraussetzung für einen effektiven Kolonialdienst, sondern auch als wissenschaftlicher Forschungsgegenstand und damit als Basis für eine gezielte Information und Bildung über die deutschen Kolonien: Seit 1901 veröffentlichte er sowohl sprachwissenschaftliche als auch reiseliterarische und ethnographische Schriften, und bereits fünf Jahre später gelang es ihm, eine Vielzahl renommierter Wissenschaftler und Kolonialfachleute für die Mitarbeit an einem umfassenden dreibändigen Koloniallexikon als Standardwerk zu den deutschen Kolonien zu gewinnen.

Seine Veröffentlichung erfolgte jedoch aufgrund des Kriegsausbruches nicht wie vorgesehen 1914, sondern erst im Jahre 1920; unter völlig veränderten Voraussetzungen und mit einer völlig anderen Relevanz. Generell war Schnees Interesse auf eine qualifizierte Ausbildung für den Kolonialdienst gerichtet. Seine Initiative bei der Gründung und seine spätere Mitarbeit im 1908 gegründeten Hamburger Kolonialinstitut sowie seine Dozententätigkeit am Seminar für Orientalische Sprachen (1907-1912) liegen darin begründet. Den Höhepunkt seiner Karriere sollte schließlich die Übernahme des Gouverneurspostens in Deutsch-Ostafrika darstellen. Seine dortige Tätigkeit wurde dabei nicht nur durch den Ersten Weltkrieg und die kriegsbedingten Rückwirkungen auf die Kolonien generell erschüttert, sondern erlitt durch den Kompetenzstreit mit dem Kommandeur der Schutztruppen, Paul von Lettow-Vorbeck, wegen dessen eigenmächtigen militärischen Handelns im Zuge der Mobilisierungsphase und aufgrund kurzfristiger militärischer Erfolge einen einschneidenden Machtverlust, der ihn letztlich bis über die Nachkriegszeit hinaus verfolgte.

Der seitens der Alliierten mit dem Argument des Versagens deutscher Kolonialpolitik gerechtfertigte Entzug der Kolonien wurde künftig zum Motor für Schnees intensive Verbands- und Vereinstätigkeit und seine verstärkte publizistische Agitation. Er gehörte fortan, insbesondere seit seiner 1924 erschienenen Schrift „Die koloniale Schuldlüge“, zu den bedeutendsten Vertretern des deutschen Kolonialrevisionismus. Insbesondere in dieser Phase zeigte sich Schnees pragmatische, sich den Gegebenheiten anpassende und sie nutzende Handlungsweise, die im Grunde für seine gesamte Karriere als maßgebend gelten kann. Der Verlust seines beruflichen kolonialpolitischen Wirkungskreises ließ den sich im Kaiserreich nicht nachweislich besonders aktiv verbands- oder gar parteipolitisch agierenden Schnee auf öffentlichkeitwirksame Agitationsmöglichkeiten ausweichen, die er nachhaltig im Sinne der Wahrung kolonialpolitischer Interessen nutzte. Seine ihm als Kolonialfachmann verbliebene Reputation setzte er in den nächsten Jahren gezielt in Gremien zu Völkerbunds-, Völkerrechts- und Weltwirtschaftsfragen ein. Doch selbst seine bei dem durchaus in dieser Frage wohlwollend eingestellten, aber realpolitisch agierenden Außenminister Gustav Stresemann unternommenen Bemühungen, sich für eine konkrete Behandlung der Kolonialfrage im Rahmen der Reparationsverhandlungen einzusetzen, blieben weitgehend erfolglos.

Die einzige Möglichkeit, im Sinne deutscher Kolonialinteressen auf den parlamentarischen Entscheidungsprozess einzuwirken, bot sich für ihn daher nur durch einen Parteieintritt in die auf die Frage des Revisionismus generell ausgerichtete DVP, die er nach dem Ende der Mitgliedschaft in der Mandschurei-Kommission des Völkerbundes 1932 markanterweise verließ. Aber auch die Berufung als Mitglied in die Mandschurei-Kommission, in der er lediglich als Fachmann für Völkerbundsfragen, nicht in den Fragen der deutsch-chinesischen bzw. -

japanischen Politik auftreten konnte, ließ sich seine schwindende Bedeutung erkennen. Hierbei galt er eher als ‚zweite Wahl‘ gegenüber dem von der Reichsregierung bevorzugten, von den Chinesen jedoch abgelehnten Wilhelm Solf; auch wurde Schnee in seiner Funktion als Mitglied aus politischen Beweggründen äußerste Reserviertheit auferlegt. Im Mai 1933 erfolgte sein scheinbar nahtloser Eintritt in die NSDAP, auf die er, wie viele seiner Zeitgenossen seine kolonialrevisionistischen Hoffnungen setzte. Doch musste Schnee letztlich auch in diesem Kontext, spätestens mit der nationalsozialistischen Gleichschaltung der u.a. von ihm geleiteten Verbände, erneut eine deutliche Machteinbuße registrieren.

So umfangreich die Einblicke dieser biographischen Studie in die individuelle Sicht,- Lebens- und Arbeitsweise des Kolonialbeamten Schnee und in seine unterschiedlichen Arbeitsgebiete sind, so steht sie jedoch nicht singulär in der Kolonialforschung. Zahlreiche Untersuchungen, etwa zu Julius Graf Zech, Albert Hahl, Wilhelm Solf oder Bernhard Dernburg beleuchten diese kolonialpolitischen Protagonisten in ähnlichen Zusammenhängen.

Ein unzweifelhaftes Kennzeichen seiner Tätigkeit war seine von Pragmatismus geprägte Handlungsweise, die es ihm ermöglichte, seine Kolonialpraxis progressiv den Gegebenheiten anzupassen. Nicht unbedingt die eigene persönliche Überzeugung von der Richtigkeit der Anpassung kolonial- und verwaltungspolitischer Praxis im Sinne einer gemäßigeren Kolonialpolitik war es (wie etwa bei Albrecht Freiherr von Rechenberg), die Schnee dazu veranlasste, seine Haltung und Methoden im Laufe seiner Karriere zu überdenken, sondern vielmehr der direkt auf ihn wirkende Einfluss von Persönlichkeiten wie Solf oder Dernburg (S. 485ff.). Letztlich, so das Resümee Abermeths, erscheint der Kolonialbeamte Schnee „als karrierebewusster Opportunist, der sich an wechselnde Erfahrungswelten, Vorgesetzte und Staatssekretäre ebenso wie an veränderte politische Systeme anzupassen vermochte“ (S. 490). Schnees Biographie fällt dabei primär die Funktion zu, eine „exemplarische Konkretion“ der beschriebenen Entwicklungslinien und Strukturen deutscher Kolonialgeschichte abzubilden. Nicht die eigentliche aktive Tätigkeit ist es jedoch, die ihn von seinen Zeitgenossen im Kolonialdienst hervorhebt, sondern vielmehr seine anfängliche Bedeutsamkeit und außerordentliche Aktivität in der Nachkriegszeit, die allerdings in diesem Rahmen nicht weiter beleuchtet wird. Sie und deren zeitgenössische Rezeption im Gesamtzusammenhang der deutschen Revisionspolitik zu beleuchten, bietet ein interessantes Feld weiterer Untersuchungen.

Berlin

Christiane Scheidemann

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Jan Treibel: Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012.

Baden-Baden: Nomos, 2014 (= Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland), 283 S., 13 Abb., ISBN: 978-3-8329-5386-7



Der hier anzuzeigende, in der von dem namhaften Duisburger Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Schriftenreihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“ erschienene Band zur FDP aus der Feder des Politologen Jan Treibel, widmet sich, wie der Untertitel der Publikation verrät, vornehmlich den Prozessen innerparteilicher Führung in der Zeit von 2000 bis 2012. Die der Publikation zugrunde liegende Studie wurde im Jahr 2013 von der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen als Dissertation angenommen.

Treibel gelingt es, um dies vorwegzunehmen, den vom Herausgeber der Reihe im Vorwort formulierten Anspruch einzulösen und für die zum Erscheinungszeitpunkt im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die „Innenansichten der Macht“ – im vorliegenden Falle am Beispiel der FDP – zu veranschaulichen. Hierzu bedient sich der Autor einer Gliederung seiner Arbeit in sechs Kapitel, wobei die ersten vier Kapitel – „Problemaufriss“, „Geschichte und Programmatik“, „Akteure und Organisationsstruktur“ sowie „Interne Entscheidungsprozesse“ – quantitativ eindeutig den „Löwenanteil“ ausmachen, während die beiden letzten Kapitel – „Fazit: So entscheidet die FDP“ und „Epilog: Wählerpotenziale und strategische Optionen nach der Bundestagswahl 2013“ konzipiert die Ergebnisse der Studie zusammenfassen und einen Ausblick wagen. Die Kapitel 2 bis 4 enden je mit einem knappen und gut lesbaren Zwischenfazit. 13 Abbildungen, ein Abkürzungsverzeichnis sowie Quellen- und Literaturverzeichnisse runden eine insgesamt betrachtet gelungene Publikation ab, der ungeachtet einiger weniger Kritikpunkte im Detail ein breiter Leserkreis zu wünschen ist.

So erfährt der geneigte Leser nicht nur etwas über Grundannahmen und Grundbegriffe Treibels, den vom Autor gewählten – und nicht unumstrittenen – interaktionistischen Ansatz und seinen Analysezugang, sondern auch über die Geschichte des (parteilichen) Liberalismus mit all seinen Flügeln und Strömungen durch die Zeitläufte hinweg sowie über die Organisationsstruktur der FDP, wobei Treibel die drei Ebenen der „Parteibasis“, der „Mittleren Parteieliten“ und der „Parteispitze“ jeweils einer gesonderten Betrachtung unterzieht. Zuletzt verfolgt Treibel auch einen biografischen Ansatz, indem er die Führungsstile der Vorsitzenden der FDP auf Bundesebene für den Untersuchungszeitraum analysiert: So habe sich Wolfgang Gerhardt für einen Führungsstil der „Internen Aushandlung“ entschieden, während Guido Westerwelle zunächst auf die Instrumentarien Drohung, Belohnung, Verhandlung und Vereinbarung gesetzt habe, um sich mit fortschreitender Zeit mehr und mehr des Führungsstils der konfliktorientierten Mehrheitsentscheidungen zu bedienen, auf den Philipp Rösler und Rainer Brüderle in den Augen Treibels dann schließlich von Beginn ihrer Amtszeit an setzten.

Bemerkenswert ist Treibels Befund, dass die liberale Parteibasis quasi an keinem Modus der innerparteilichen Willensbildung, an keinem der internen Entscheidungsprozesse der Bun-

despartei partizipiert. Als alleinige Ausnahme nennt der Autor „Mitgliederentscheide als Sonderform der konfliktorientierten Mehrheitsentscheidungen“ (S. 245), ohne zu verheimlichen, dass diese Form in der gesamten Geschichte der FDP bislang erst ganze dreimal zum Zuge gekommen ist.

Die vertikale und horizontale Fragmentierung der liberalen Parteiorganisation habe einen bedeutenden, mitunter sogar entscheidenden Einfluss auf die innerparteiliche Willensbildung und die entsprechenden Entscheidungsprozesse. So könnten es bei der einen Sachfrage – etwa beim „Meister- und Kammerzwang“ – die Jungen Liberalen, bei einer anderen Sachfrage – beispielsweise bei der „reduzierten Mehrwertsteuer für Hoteliers“ – die Landesverbände sein, welche auf das Ergebnis inhaltlicher Entscheidungen maßgeblich einwirkten.

Wenngleich eine Grenzziehung zwischen Partei und Außenwelt, so Treibel, grundsätzlich schwer falle, gelte es auch, externe Faktoren zu berücksichtigen. So sei im Normalfall von einem Einfluss der Kontextbedingungen – etwa die Verortung der Partei sowie die Situation des Parteiensystems oder die Rolle als Oppositions- beziehungsweise Regierungspartei – auf den Verlauf der „parteiinternen“ Entscheidungsfindungsprozesse auszugehen. Als prominentes und noch nicht allzu lange zurückliegendes Beispiel nennt der Autor die versuchte Einflussnahme seitens einiger Makroökonomien auf den Mitgliederentscheid der FDP zum Euro-Rettungsschirm zugunsten der parteiinternen „Opposition“ um den Rettungsschirmkritischen Frank Schäffler.

Treibels Studie überzeugt, so lässt sich zusammenfassen, durch ihren nüchternen, ausgewogenen Stil, die objektive Urteilskraft – etwa bei der Schilderung der Flügelkämpfe zwischen zunächst National- und später dann Wirtschaftsliberalen auf der einen und Sozial- oder Linksliberalen auf der anderen Seite – sowie den Mut zum Komprimieren respektive den Mut „zur Lücke“. So hätte man noch etliches mehr erzählen können zu den Themen der „Nationalen Sammlung“ Friedrich Middelhauves oder den ersten Versuchsballons sozial-liberaler Koalitionen auf Länderebene – diese Themen werden allesamt in Kapitel 2 gestreift –, doch hätte dies einerseits den Rahmen der Untersuchung gesprengt und liegen andererseits bereits Spezialstudien<sup>1</sup> vor, welche für einige der Themen vertiefend herangezogen werden können. Vor allem aber ist das Schwerpunktthema des Autors letztlich ein anderes, und hierüber informiert das Büchlein im schnellen Überblick, zuverlässig und prägnant. Lediglich ein besseres Lektorat hätte man sich angesichts gehäufte „größerer Schnitzer“ (z. B. S. 113, 201, 202) gewünscht.

Duisburg

Martin Schlemmer

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

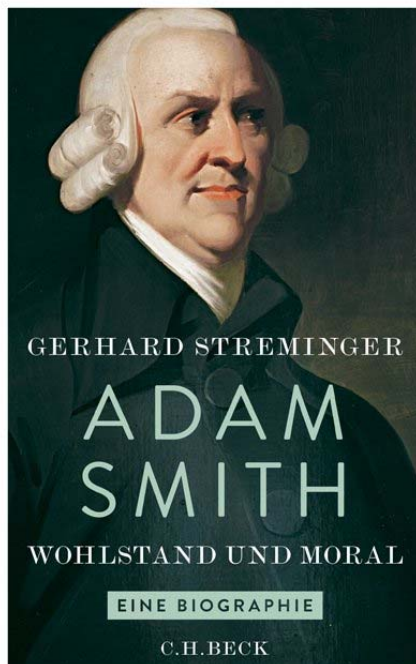
---

<sup>1</sup> An dieser Stelle sei lediglich verwiesen auf: Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953. München 2010.

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Gerhard Streminger: Adam Smith. Wohlstand und Moral. Eine Biographie.

München: C. H. Beck 2017, 254 S., ISBN: 978-3-406-70659-2



Gerhard Streminger ist seit Jahrzehnten insbesondere für seine Forschungen zu David Hume bekannt. Seine große Biographie (siehe dazu die Rezension im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 2 / 2012) sowie diverse Editionen und Kommentare haben hierzulande einen Standard gesetzt. Mit dem neuen Buch wendet er sich nun dem kongenialen Adam Smith zu. Diese Wahl liegt nahe. Denn Hume und Smith verband nicht nur eine jahrzehntelange Freundschaft, sondern auch eine erstaunliche Konvergenz in wesentlichen weltanschaulichen Fragen. Für Streminger ist allerdings auch Smith kein Neuland. 1989 ist in der Rowohlt-Bildmonographien-Reihe eine kurzgefasste Biographie erschienen. Dieser Band bildet einen Ausgangspunkt, aber nicht die Textgrundlage des jetzt erschienenen Werkes. Denn, wie Streminger selbst sagt, seither hat sich zu vieles zu sehr geändert: Der enorme Aufschwung „neoliberalen Gedankengutes in der Wirtschaftswissenschaft“ hat auch die Koordinaten der Smith-Rezeption gründlich verändert. Die Vordenker des Konzeptes eines von staatlichen Einflüssen möglichst freien Marktkapitalismus haben weltweit den schottischen Öko-

nomen „zu ihrem Ahnherrn und leuchtenden Vorbild erkoren“. Doch mit dieser Bemächtigung stehen sie nicht nur, so Streminger, „in krassem Gegensatz“ zur Smith-Forschung, sondern auch zu den elementaren Intentionen des Ökonomen selbst.

Ihnen Gehör zu verschaffen und damit den Blick auf Adam Smith aus dem Schatten politischer Instrumentalisierung zu befreien, ist das Ziel, das Streminger sich gesetzt hat. Er ist dafür der richtige Mann. Schon die Hume-Biographie war von streitbaren Untertönen gegenüber diversen Missdeutungen durchzogen, in jenem Fall insbesondere gegenüber einer vermeintlich ganz und gar verfehlten Irenisierung der religionspolitischen Haltung Humes. Wie die Frontlinie jetzt verläuft, wird klar ausgesprochen: „Der Autor der ‚Theorie der ethischen Gefühle‘ sowie des ‚Wohlstands der Nationen‘ hat sich gerade nicht für einen uneingeschränkten Markt eingesetzt. Vielmehr sollte der Staat im Smith’schen Gesellschaftsmodell den Marktteilnehmern rechtliche Leitplanken setzen, die sich am Gemeinwohl orientieren, sowie für Infrastruktur und Allgemeinbildung Sorge tragen“ (S. 226).

Smith als Gemeinwohltheoretiker. Für Streminger ist deshalb die Kernaussage der gesamten ökonomischen Theoriebildung seines Helden: Erst wenn die Sichtbare Hand des Staates sich neben den Aufgaben der Legislative, Exekutive und Landesverteidigung auch der Infrastruktur und Bildung annimmt, entfaltet die Unsichtbare Hand des Marktes eine für die Gesellschaft förderliche Wirkung.

Nun sind solche Vorhaltungen gegenüber einer marktradikalen Verengung der Smith’schen Theorie nicht neu, und Streminger hält sich selbst auch nicht das Verdienst der Erstkorrektur zugute. Aber mit dem Vorsatz, den „anderen Smith“ – in gewisser Weise: den guten – zu porträtieren, ist es ihm durchaus ernst. Er tut das mit Einfühlsamkeit und nicht verhehlter

Sympathie. Als derart lebenszugewandte, wohlwollend-offene, menschenfreundliche Person (vielleicht mit einigen Anleihen bei dem charakterlich doch viel eher so beschaffenen Hume) hat wohl noch niemand Adam Smith gezeichnet.

Die Schilderung ist in fünf Kapitel untergliedert. Auf den „Jungen Gelehrten“ folgen der Moralphilosoph, der Professor in Glasgow (1751 bis 1763), der Ökonom und schließlich (seit 1778) der Zollkommissar. In allen Kontexten bewährt sich Stremingers Geschick, den äußeren Lebensgang mit den jeweiligen Etappen der Intellektuellenbiographie zu verbinden. Die beiden Hauptwerke von Smith werden eingehend erörtert. Dass dabei die „Theorie der ethischen Gefühle“, die erstmals 1759 erschien, nicht zurücksteht, ist ein großer Vorzug bei Streminger. Doch auch die engen Verbindungen Smith' zu weiteren Theoretikern der schottischen Aufklärung, insbesondere zu Newton und Burke, aber auch zu Quesnay und Turgot treten deutlich hervor.

In dieser Richtung, der biographischen Verlebendigung und der Eröffnung von Zugängen zu den theoretischen Leistungen Smith', liegt die Stärke des Buches. Es ist überdies durchweg interessant, durch Nachweise solide unterbaut und in der Bezugnahme auf die Forschungsliteratur auch als Einführung oder Einstieg gut geeignet. Doch ob es wirklich gelungen ist, jenen „anderen Smith“, von dem der Autor sich so begeistert zeigt, wirklich auch an den Sachen herauszustellen, bleibt zweifelhaft.

Dies ist insbesondere deshalb der Fall, weil die von ihm aufgemachte Kampflinie Streminger nun selbst in eine schiefe Lage bringt. Indem Smith die Freiheit des Markthandelns propagierte, wandte er sich seinerseits gegen monopolistische Praktiken, wie er sie in der von Adel und etablierten Kaufleuten geprägten Wirtschaft seiner Zeit vorfand. Eine Politik, die Monopolbildung nicht unterbindet und dadurch faktisch fördert, führt das Land in Armut und Verelendung. Wogegen sich Smith vehement wandte, war der Einfluss übermächtiger Einzelinteressen, die sich der staatlichen Gewalt bemächtigen und so jede gesellschaftliche Ordnung untergraben. Solchen Einwirkungen müssen Schranken gesetzt werden, wenn ein funktionsfähiges Gesellschaftsmodell überhaupt denkbar sein soll. Disziplinierung und Kultivierung sind insofern selbst Mechanismen des Marktkonzepts, nicht aber, wie Stremingers Interpretation suggeriert, dessen Antipoden.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

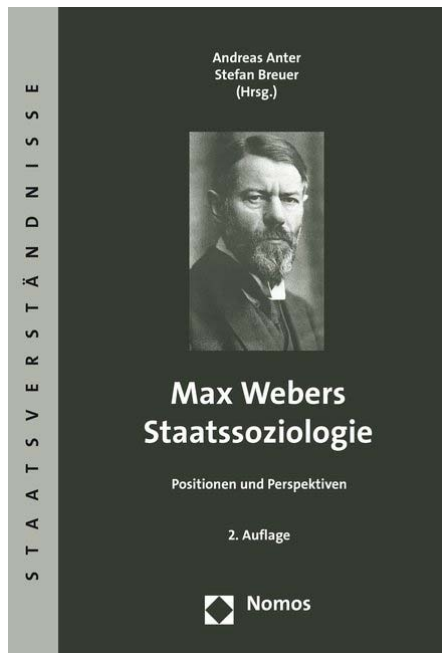
in Kooperation mit

 recensio.net

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

### Andreas Anter/Stefan Breuer (Hrsg.): **Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven.**

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2016 (= Staatsverständnisse, Band 15), 2. überarbeitete Auflage, 205 S., ISBN: 978-3-8487-2730-8



Der erstmals (in gleicher Zusammenstellung) 2007 erschienene Band gibt sich in Zielsetzung und Methodik bescheiden: Die Autoren fühlen sich keinem „einheitlichen Paradigma“ verpflichtet, sondern sehen sich darin verbunden, dass ihr „Zugang zu Weber häufig über die Arbeit an Gegenständen vermittelt ist, welche mit dessen Soziologie zumindest nicht unmittelbar etwas zu tun haben“. Aus diesen jeweiligen Zusammenhängen heraus „entwickeln sie entsprechend heterogene Perspektiven“, die dann aber jedenfalls doch insofern konvergieren, als sie alle von der Unterstellung ausgehen, Webers „staats-theoretische Positionen“ hätten „kaum etwas von ihrer Attraktivität eingebüßt“.

Nun ist der Begriff „Staat“ ja tatsächlich eines der prägenden Motive in Webers Konzept der „Verstehenden Soziologie“. Die mit ihm verbundene Thematik hat ihn aber schon seit seinen wissenschaftlichen Anfängen beschäftigt, und in wesentlicher Hinsicht ist Webers Herrschaftstheorie eben auch eine Staatstheorie. Dennoch

hat er eine spezielle Soziologie des Staates erst spät projiziert. Die Herausgeber erinnern in ihrem Vorwort an jene Mitteilung, in der Weber seinen Verleger am 30. Dezember 1913 wissen ließ, er habe „eine geschlossene soziologische Theorie und Darstellung ausgearbeitet, welche alle großen Gemeinschaftsformen zur Wirtschaft in Beziehung setzt“ und am Ende „eine umfassende Staats- und Herrschafts-Lehre“ enthält. Das Manuskript blieb unveröffentlicht, bildete jedoch die Grundlage für zahlreiche Vorträge, Aufsätze und Zeitungsartikel, durch die Weber sich in die politischen Debatten während des Ersten Weltkrieges einschaltete.

Die komplexe werkgeschichtliche Seite von Webers Interesse an der Staatsthematik rekonstruiert Stefan Breuer in seinem Beitrag „Wege zum Staat“. Er kann dabei die Resultate voraussetzen, die sich im Rahmen der kritischen Neuedition von „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Max Weber Gesamtausgabe. Bände I / 22, 1-5, 1999 bis 2010, besonders 22 / 4: Herrschaft, 2006 sowie Band I / 23: Soziologie, 2013) sowie der Edition von Webers letzter, durch den Tod im Juni 1920 abgebrochener Vorlesung zur „Allgemeinen Staatslehre und Politik (Staatssoziologie)“ (MWG. Band III / 7, 2009) ergeben haben. In den zeitgenössischen Kontext insbesondere der Staatsrechtslehre (Jellinek, von Ihering), aber auch der durch Oppenheimer und Sohm repräsentierten soziologischen Staatstheorie stellt Andreas Anter Webers Staatssoziologie. Den dritten Beitrag unter dem Obertitel „Webers Staatsverständnis“ liefert Catherine Colliot-Thélène mit ihren kritischen, auch rezeptionsgeschichtlich interessanten Ausführungen zu Webers Definition des Staates durch das Monopol der legitimen Gewalt.



Tatsächlich hat Weber ja in „Politik als Beruf“ vom Januar 1919 den „Staat“ als „ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“ definiert. Das Mittel der physischen Gewaltsamkeit, nicht aber ein bestimmter Inhalt seiner Politik macht ihn aus: „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ (MWG I / 17, 159). Als weitere Merkmale des modernen Staates treten auf: das Moment der Legitimität auf der Grundlage von Legalität (die legale Herrschaft), ein bürokratischer Verwaltungsstab, die Trennung von Verwaltungsstab und Verwaltungsmitteln sowie der Typus des „Berufspolitikers“.

Diesen Aspekten sind die Beiträge der zweiten Aufsatzgruppe (Staat, Recht, Nation) von Siegfried Hermes („Überlegungen zu Webers soziologischer Verbandstheorie“) und Siegfried Weichlein („Weber, der moderne Staat und die Nation“) sowie der dritten („Bürokratie, Demokratie, Charisma“) gewidmet. Dem Verhältnis von modernem Staat und moderner Bürokratie geht Hubert Treiber, dem Weberschen Demokratiebegriff Christoph Schönberger („Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft“) und dem „analytischen Potential des Charisma-Konzepts“ Hans-Ulrich Wehler – letzterer mit Blick auf Hitlers charismatische Herrschaft – nach.

Liest man die einschlägigen Passagen zur Verhältnisbestimmung von Staat und Nation vor dem Hintergrund der aktuellen Problematik, so dürfte überraschen, dass Webers Analysen zum Staat diejenigen Erörterungen völlig überlagern, die dem Konzept der „Nation“ gewidmet sind. Der moderne Staat führt zu einer „Verstaatlichung der Politik“, die sich in der „Verstaatlichung der Nation und der Souveränität“ fortsetzt (so Weichlein im Resümee, S. 114). Für emotional aufgeladene Radikalismen im Stil der Freiburger Antrittsrede von 1895 ist hier kein Platz mehr. Weber wehrt sich vielmehr dagegen, die Nation zu verdinglichen; sein Verständnis von Nation ist strikt formal und anti-instrumentalistisch. Es ist wichtig, diesen Aspekt zu betonen. Dass darin aber zugleich auch sein lebenslanges Interesse aufgehoben sein soll, „das Bürgertum zu größerer [politischer] Verantwortung zu ermächtigen“ (ebd.), lässt sich nicht leicht erkennen.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV  
DES  
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net